

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 37 vom 14. September 1984

18. Jahrgang

1 DM

Wiedergewählt

wurde — mit seinen Männern — Hermann Rappe auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie Papier Keramik, der in der letzten Woche in Westberlin stattgefunden hat. Das Ergebnis ist eindeutig und spricht natürlich auch sehr klar für eine bestimmte Politik: für Sozialpartnerschaft um jeden Preis, wenn man es so sagen will.

Dennoch war es keineswegs ein Kongreß „wie jeder andere“, gab es lautstarke Kritik an der Politik des vom SPD-Bundestagsabgeordneten Rappe geführten Gewerkschaftsvorstandes. Und dies vor allem in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, aber auch, wie es schon länger „Tradition“ in der IG Chemie hat, immer wieder verbunden mit Kritik am Vorgehen des Vorstandes, am Umgang mit Beschlüssen, die eigentlich für ihn bindend wären usw.

Immerhin so stark war die Kritik, daß sie auch in der „UZ“, der Zeitung der DKP, zur Kenntnis genommen wurde, was nun keineswegs alltäglich ist. Wir werden uns in der kommenden Ausgabe des Roten Morgen ausführlich mit Verlauf und Ergebnis des IG-Chemie-Gewerkschaftstages befassen.

Wiedersehen

mit Nicolae Ceaucescu. Der rumänische Führer hat seinen Besuch in der BRD nicht abgesagt, im Gegensatz zu Honecker und Schiwkow. Er war ja bereits beim Olympia-Boykottausgeschied.

Ohne Zweifel ein Ergebnis der auch hier von westlicher Seite aus praktizierten Politik der wirtschaftlichen Einflußnahme, die gerade in Rumänien sehr weitreichende Auswirkungen hat. Eine Entwicklung, für die Ceaucescu und seine Politik die Verantwortung tragen, die ausländischem Kapital, sei es über den Internationalen Währungsfonds oder über zweiseitige Abkommen Tür und Tor geöffnet haben. Wer viel Geld schuldet, kann eben nicht so ohne weiteres absagen, wer am meisten schuldet, kann am wenigsten sagen. Und zu denen gehört Ceaucescu nun mal.

Wörners Waffenwünsche

Über 100 Milliarden für die Bundeswehr

In für normale Menschen kaum noch begreifbaren finanziellen Größenordnungen bewegt sich eine neue Studie des Bundesverteidigungsministeriums über die Rüstungsplanung für die 90er Jahre. Das Wörner-Ministerium legte in der vergangenen Woche einen Plan vor, der nach Angaben der SPD in Bonn „über 100 Milliarden Mark“ kosten würde.

Nach ersten Informationen über den Wörner-Plan sollen neue Flugabwehrraketen vom Typ „Patriot“ und „Roland“ angeschafft werden, die „ausreichende Bewaffnung“ der Kampfflugzeuge mit neuer Technik verbessert werden. Die „Panzerabwehrfähigkeit“ des Heeres soll verbessert werden, dazu sollen Panzerabwehrhubschrauber und moderne Artilleriewaffen mit zielsuchender Munition beschafft werden. Ferner sollen die Munitionsvorräte wesentlich vergrößert, die elektronische Ausrüstung deutlich verstärkt und die Mittel für Kriegsforschung enorm erhöht werden.

Nach Angaben des Mini-

steriums soll dieses Programm die Bundesrepublik „unabhängiger von Atomwaffen“ machen. Eine irrwitzige Argumentation. Erst wird die Bundesrepublik mit Atomwaffen und Raketen bestückt, dann kommt das Verteidigungsministerium daher, und braucht -zig Milliarden, um davon unabhängiger zu werden. Die Atomwaffen, die Raketen abzubauen und zu verschrotten, wäre wirklich billiger. Aber klar, darum geht es denen in Bonn nicht. Das gigantische Aufrüstungsprogramm, eine enorme Verstärkung des Militärapparats Bundeswehr ist ein Stück der Politik der Wende-Regierung.

Über 100 Milliarden Mark für ein neues Rüstungsprogramm. Abgesehen von der politischen Gefahr, die von einer so massiven Aufrüstung der westdeutschen Militärmaschinerie ausgeht —, wahrlich ein echtes Stück Kriegsvorbereitung —, stellt sich natürlich die Frage, woher diese Unsummen dafür kommen sollen.

Es bedarf keiner großen seherischen Gabe, um aus der bisherigen Politik der Kohl-

Regierung zu schließen, daß die große Umverteilung im Staatshaushalt noch schärfer gehandhabt werden soll, noch weiter gehen wird. Der Masse nehmen, den Reichen, den Rüstungskonzernen, den Monopolen geben. Das jüngste Beispiel für diese Politik prognostizierte gerade das Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo). Nach Ifo-Angaben wird die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit im „Geschäftsjahr“ 1984 einen Überschuß von knapp vier Milliarden Mark „erwirtschaften“. Bei enorm steigender Arbeitslosigkeit ein „tolles“ Ergebnis. Wie es zustande kommt ist bekannt: Weniger Unterstützung wird gezahlt, die Anwartschaft um überhaupt in den Genuß der Zahlungen zu kommen wurde erhöht, und bei langandauernder Arbeitslosigkeit fliegen immer mehr Menschen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld heraus. So hat „der Bund“ vier Milliarden Mark mehr: auf Kosten der Ärmsten im Lande, der Masse genommen, um seine Wahnsinnspläne wie die Aufrüstung der Bundeswehr finanzieren zu können.

Özal-Besuch erfreute Kohl und Siemens

Gutes Klima — vor allem für Geschäfte

Ein gutes Klima habe bei den Begegnungen des türkischen „Ministerpräsidenten“ Özal mit den Vertretern der Bundesregierung und verschiedener Konzerne geherrscht, wurde nach seiner Abreise unterstrichen. Und in der Tat: Zwischen den Regierungen und für die Konzerne stimmt das.

Das Thema „Freizügigkeitsregelung“ wurde ebenso ausgeklammert (nach Brüssel verschoben) wie die Ausländergesetze, die Zimmermann plant — im letzteren Fall bedeutet dies ganz eindeutig das Einverständnis Özals mit solchen Absichten. Von ihm eine auch irgendwie geartete Vertretung von Interessen türkischer Bürger in der BRD zu erwarten, stand ohnehin nicht an, schließlich ist er Regierungschef nicht nur einer Diktatur sondern auch eines Regimes, das den nationalen Ausverkauf an Bonn und Washington betreibt.

Sein Hauptanliegen war denn auch die Verteidigung seines Regimes, das er, sooft es nur ging, demokratisch nannte. Nur konnte er auch diesmal die Tatsachen nicht wegdreden, die bekannt geworden sind und die sehen eben ganz anders aus als seine üblichen Phrasen.

Das Hauptanliegen auf deutscher Seite war ein anderes: Geschäfte machen. Ein AKW von (Siemens) KWU — mit

Bundesbürgerschaft. Ein neues Telefonnetz von Siemens — mit Bundesbürgerschaft. Und auch ein Airbus-Auftrag — mit Bundesbürgerschaft. Sichere Geschäfte für westdeutsche Konzerne. Und sollte ihr so heiß ge-



Rund 10000 Menschen nahmen an den — leider — verschiedenen Demonstrationen in Köln anlässlich des 4. Jahrestages des Militärputsches teil, darunter auch ein Block der KPD.

Diese Woche

„Die Absage“

Nach Honeckers Besuchsabsage — Seite 2

Weltbevölkerungskonferenz

eine Reihe von Artikeln — beispielsweise gegen von Dittfurth — auf Seite 10/11

Streik

der Kollegs in Nordrhein-Westfalen, ausführlicher Bericht Seite 6/7

ÖTV-Tarifrunde beginnt:

Regierung bleibt bei „Null“-Forderung

Zu Beginn der Tarifrunde im öffentlichen Dienst haben verschiedene Vertreter der Bundesregierung und ihr nahestehender Kreise erneut unterstrichen, daß sie auf ihrer Forderung nach einer Nullrunde im öffentlichen Dienst für dieses Jahr beharren.

Die Grundsatzargumentation, die schon seit langem gebraucht wird, nun aber mit konkreten Zahlen verarbeitet, lautet ganz einfach: Jede zusätzliche Forderung ist eine zusätzliche Ausgabe und das verhindert die Konsolidierung des Staatshaushalts. Diese Konsolidierung ist aber diesen Bekundungen entsprechend Hauptziel der Bundesregierung, deshalb ist die Nullrunde nötig, deshalb gibt es in diesem Bereich keinerlei Zugeständnisse, muß eine harte Linie verfahren werden.

Damit geht die Regierung erneut in Frontstellung. War sie mit ihrer Propaganda des Verzichts und der Opfer politisch betrachtet im Streik der Metaller und Drucker gescheitert, so

nimmt sie nun einen neuen Anlauf, gerade in dem Bereich, da sie selbst „Tarifpartner“ ist.

Dies ist sicherlich vom politischen Standpunkt her der wichtigste Aspekt dieser nun beginnenden Tarifrunde. Auf der anderen Seite steht natürlich die Frage, wie die ÖTV und die anderen Gewerkschaften des DGB in diesem Bereich zu dieser Auseinandersetzung antreten (da gibt es durchaus Unterschiede).

Der faktische Verzicht auf die Forderung nach der „35“ durch die ÖTV stellt da einen ersten deutlichen Rückzug dar. Näheres dazu in einem ausführlichen Artikel zur Tarifpolitik der ÖTV (und der DPG) auf Seite 5.

Azania im Kampf gegen Rassismus

Viele Tote bei Unruhen in Südafrika

Im südlichen Afrika, in Azania sind in der letzten Zeit über 30 Menschen erschossen worden. Erschossen, weil sie für ein besseres Leben demonstriert haben, weil sie Not und Elend und Rassendiskriminierung nicht mehr hinnehmen wollen.

Nach Unruhen der Schüler und Studenten (der RM berichtete), kam es in der vergangenen Woche, am Tag als die neue Verfassung in Kraft trat, erneut zu schweren Kämpfen, zu Demonstrationen und Gefechten mit der Polizei. Als zusätzlich noch in den „schwarzen“ Vierteln, in den Vorstädten von Johannesburg die Mieten erhöht werden

31 Tote, Hunderte Verletzte, so die offiziellen Stellungnahmen, habe es gegeben. Von vielen werden die Zahlen als viel zu niedrig angesehen. Nachrichtensperren, das Verbot an Krankenhäusern irgendwelche Auskünfte zu geben, ein totales Verbot von Kundgebungen, Reden, politischen Liedern und Plakaten soll ein Klima der Friedhofs-



Die Beerdigung von vier Schülern in Daveyton bei Johannesburg. In der Trauerrede hieß es: „Der Freiheitsbaum soll mit dem Blut der Märtyrer bewässert werden“.

sollten, gingen tausende auf die Straße. Da kam alles zusammen, die Wut, der Haß auf die rassistische Politik der Regierung, in deren neuer Verfassung die 22 Millionen schwarzen Bewohner des Landes, die überwiegende Mehrheit also, überhaupt nicht vorkommen. Die Wut über die riesige Arbeitslosigkeit, die zweistellige Inflationsrate äußert sich in den großen Demonstrationen, die voller Brutalität von der Polizei aufgelöst wurden.

ruhe schaffen. Die existiert aber nicht einmal auf den Friedhöfen. Trotz eines absoluten Demonstrationsverbotes wurde die Beerdigung von vier Schülern in Daveyton in der Nähe von Johannesburg, die bei den Schülerprotesten von der Polizei erschossen worden waren, zu einer eindrucksvollen Manifestation des Widerstandes. Das jüngste Opfer des Terrors der Rassistenpolizei ist sechs Jahre alt, das älteste gerade 22...

Roter-Morgen-Dokumentation

Kohls Vertriebenenrede

Im folgenden veröffentlichen wir einige kürzere Auszüge aus der Rede, die Helmut Kohl am 2. September auf der Kundgebung des „Bundes der Vertriebenen“ in Braunschweig gehalten hat. Und zwar deshalb, weil dies natürlich ein Beispiel für die Politik der Bundesregierung ist, das deutlich macht, wie der Revanchismus betrieben wird.



(...) Mehr ist allerdings das Vaterland. Vaterland — das ist nicht nur die Bundesrepublik Deutschland. Das ist das Land, in dem unsere Kultur in Jahrhunderten gewachsen ist. Die Vielfalt ihrer Quellen und Ausdrucksformen gilt es zu erhalten.

(...) Die Pflege unseres gemeinsamen geistig-kulturellen Erbes liegt auch im Interesse jener Deutschen, die noch heute in Mittel-, in Ost- und Südosteuropa sowie im asiatischen Teil der Sowjetunion leben. Wir fühlen uns diesen Landsleuten verbunden und verpflichtet.

(...) Ich kann nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland eine irgendwie geartete politische Kraft oder Kräfte erkennen, die in irgendeiner Form Zeichen des Revanchismus vertreten.

(...) Wir haben von Anfang an gesagt, daß es sich nicht um ein „Geschäft“ im üblichen Sinne handelt. Die Überlegung bei diesem Kredit war eine andere. Er war ein Anstoß, um in diese Beziehungen auf breiter Front Bewegung zu bringen und einen Prozeß in Gang zu setzen, der vor allem zu mehr menschlichen Kontakten und Beziehungen über die Grenze hinweg führt. In diesem Sinne ist unser Signal mit dem Kredit durch positive Gegenseignale beantwortet worden.

(...) Aus diesem Grunde möchte ich noch einmal in aller Klarheit unsere Position zu der Frage der Grenzen darlegen, die in den letzten Wochen und Monaten zunehmend zum Gegenstand von Polemik gemacht worden ist.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in Artikel 1 des Warschauer Vertrages einvernehmlich mit der Volksrepublik Polen festgestellt, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet. Für die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Bindung an diese Feststellung in keiner Weise in Frage stellt, hat die Bundes-

regierung in den Vertragsverhandlungen mit der Volksrepublik Polen ebenso wie im parlamentarischen Zustimmungsverfahren erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland damit sich selbst, nicht aber ein später wiedervereinigtes Deutschland völkerrechtlich verpflichtet. Dies ist ein Teil der durch das Nichtzustandekommen eines Friedensvertrages fortgeltenden Rechtslage.

Unser Verständnis der Bestimmungen des Vertrages, insbesondere des Artikels 4, war der polnischen Seite von vornherein bekannt. Es hat sich daran nichts geändert.

Gemäß Artikel 1 des Vertrages bleibt es dabei, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen „gegenseinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“

Aber, und wir haben allen Anlaß, das noch einmal zu unterstreichen, der polnischen Regierung ebenso wie der sowjetischen Regierung ist bekannt, daß die mit ihnen geschlossenen Verträge eine Lösung der deutschen Frage nicht präjudizieren.

Im Brief zur Deutsche Einheit wurde der Sowjetunion mitgeteilt, daß es das politische Ziel der Bundesregierung ist, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Die rechtliche und politische Zugehörigkeit dieses Dokuments von 1970, das die sowjetische Regierung als auf den Vertrag bezogen angenommen hat, zum Gesamtvertragswerk ist auch heute nicht bestreitbar.

(...) Gestern haben wir des 45. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs gedacht. Wer hat in diesen Tagen vielleicht mehr daran gedacht als die Vertriebenen und Flüchtlinge, die mehr als alle anderen die bittere geschichtliche Rechnung dieser Jahre bezahlen mußten?

(...) Die Vertretung unserer nationalen Interessen ist in der Tat eben nur möglich und wirksam durch die Hilfe, die Mithilfe und Unterstützung der westlichen Völker.

In diesem Sinne — und ich nehme dankbar auf, was Herr Czaja in seiner Rede zuletzt gesagt hat — setzen wir uns ein für ein geeintes Europa, das unser aller Heimat ist und bleiben kann. Europa, das ist nicht nur ein geographischer Begriff, sondern umfaßt die gemeinsame Geschichte, Kultur und Tradition.

(...)

Nach Honecker sagte auch Schiwkow ab

BRD / DDR: Absage nichts Besonderes?

Ernsthaft bemüht zeigte sich die Bonner Regierung in der letzten Woche, die Bedeutung der Absage des Honecker-Besuchs herunterzuspielen. Die SPD ihrerseits sah die Möglichkeit, sich zu profilieren. Was hat es nun mit dieser Absage auf sich?

Die offizielle Begründung für die Absage des Besuchs Erich Honeckers argumentiert mit dem Klima, das durch die öffentliche Diskussion geschaffen worden sei. Dregger wird da als Beispiel angeführt. Ohne Zweifel ist dies eine Tatsache: Es gab und gibt eine Kampagne eines Teils der Rechten, die sich auch konkret gegen den Besuch Honeckers wandte. Denen Kohls Politik „zu weich“ ist.

Nicht als Begründung angeführt wurde beispielsweise Kohl Rede auf dem „Tag der Heimat“, der angeblichen Heimatvertriebenen, ein Dokument des Revanchismus, der Forderung nach Grenzrevision, des Kalküls mit angeblichen

„nationalen Minderheiten“. Dieses Beiseitelassen ist ein Beweis dafür, wie wenig es bei diesem ganzen „Streit“ um wirkliche Grundzüge der Politik, um die Substanz geht, sondern daß im Gegenteil Taktieren die Szene beherrscht.

Denn: Wenn es nun einen ernsthaften politischen Grund zur Absage gab, dann war es unter anderem gerade eben diese Kohlsche Rede. Aber das wäre dann zumindest an den Rand einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung geraten, mit der gesamten Regierungspolitik Kohls in dieser Frage. Und da war offensichtlich das Bemühen auf Seiten der DDR, es dazu nicht kommen zu lassen.

So klar es ist, daß mit dieser Absage manch hochfliegender Bonner Traum erst mal zerstört ist, so klar ist aber dadurch auch, daß die Absage selbst eine Episode bleiben wird, die keinen Einfluß auf die grundlegenden Linien der gegenseitigen Beziehungen zwischen BRD und DDR hat. Wenn nicht noch andere Kräfte ins Spiel kommen.

Beziehungen die, neben den grundlegenden Ansprüchen der westdeutschen Seite, ihrer ewigen Weigerung, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR vorzunehmen (was allein für eine grundlegende Änderung sorgen könnte), vor allem durch die wirtschaftlichen Sonderbeziehungen beider Staaten gekennzeichnet sind.

Wirtschaftliche Beziehungen, die von einem wachsenden Grad des Einflusses west-

deutschen Kapitals in der DDR geprägt sind — die beiden „Milliardenkredite“ seit dem Bonner Regierungswechsel waren davon nur deutlichster Ausdruck.

Wobei natürlich festgehalten werden muß, daß, um es ganz platt zu sagen, immer zwei zu einem solchen Vorgang gehören. Und so viel es auch deklamiert: Die Führung der DDR hat eben diesen Kurs gesteuert der in diesem Fall — wenn auch längst nicht so weitgehend — jenem der einstigen polnischen Führung ähnelt.

Eine Haltung, die es dem westdeutschen Kapital überhaupt erst ermöglicht, den wirtschaftlichen Weg zur Beeinflussung der Verhältnisse in der DDR zu begehen. Ein Weg der, trotz der Absage, weitergegangen werden soll, das ist ganz direkt den verschiedenen Bonner Bekundungen zu entnehmen.

Einfacher machte es sich mit seiner Absage dann schon Todor Schiwkow. Er hat entdeckt, daß hier neue Raketen aufgestellt werden. Kaum glaubhaft zwar, daß er dies erst jetzt erfahren hat, aber so lautet nun mal seine Begründung ...

Zu einem Artikel in den „Politischen Berichten“

Qualitativ andere Politik der Bundesregierung?

In der jüngsten Ausgabe der „Politischen Berichte“, der Zeitschrift des BWK, veröffentlichen die Genossen unter der Überschrift „Über eine angebliche „Attacke“ der Sowjetunion in der Deutschlandpolitik“ einen Artikel über die Haltung verschiedener revolutionär-sozialistischer Organisationen zu dieser Auseinandersetzung.

In diesem Artikel kritisieren die Genossen unter anderem auch die Haltung, die der „Rote Morgen“ in dieser Frage eingenommen hat und stellen fest:

„Da der ‚Rote Morgen‘ die Politik der Bundesregierung falsch beurteilt und nicht genau beobachtet, kommt er zu der Fragestellung, warum gerade jetzt und nicht

Zur Haltung der DKP

Gegenseitiger Vorteil torpediert?

Die DKP, die sich in der ganzen Zeit bis auf die Wiedergabe eines Artikels des „Neuen Deutschland“ aus der Debatte um den Honecker-Besuch weitgehend herausgehalten hatte, hat — erwartungsgemäß — zunächst einmal die offizielle Stellungnahme der DDR wiedergegeben und dann einen Kommentar ihres Vorsitzenden Herbert Mies in ihrer „UZ“ nachgeschoben.

Dabei vertritt Herbert Mies in seinem Kommentar, neben Bemerkungen zu verschiedenen Fragen, wie etwa der Rolle der USA, vor allem drei Behauptungen: Erstens habe die Kampagne der Rechtskräfte den Besuch Honeckers unmöglich gemacht, zweitens werde so die Politik der Beziehungen des gegenseitigen Vorteils unterminiert und drittens seien eben diese „Front gegen Gespräche“ gemeinsam mit dem Fortgang der Aufstellung der Atomraketen eine Herausforderung an die Friedensbewegung.

Sicherlich anfechtbare Thesen. Zum ersten muß sich Herbert Mies die Frage gefallen lassen, ob er ernsthaft der Meinung sei, daß die Art gegenseitiger Beziehungen wirklich zu beider Vorteil gereicht. Wenigstens die polnischen Erfahrungen hätten da doch einen vorsichtigeren Gedankengang nahegelegt, wenn man von der Sache und nicht von erzwungenen Vorurteilen ausgeht.

Was die Kampagne der Rechtskräfte betrifft, so konnte man von der DKP sicher keinen eigenen Beitrag zur Frage von Auseinandersetzungen innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten erwarten, dafür fehlt es schon an Mut. Daß es diese tatsächlich gab, daß auch die DKP sie zur Kenntnis nahm, das beweisen die verschiedenen Zeitungsartikel und die Tatsa-

che, daß allein der „ND“-Artikel in der UZ wiedergegeben wurde. So bleibt dazu eben nur die offizielle DDR-Feststellung. Ob schließlich diese Front gegen den Besuch in dem Sinne, wie es Herbert Mies meint darstellen zu müssen, eine Herausforderung an die Friedensbewegung ist, darf anzugezweifelt werden: Es ist zumindest davon abhängig, wie man die Verhandlungen zwischen Regierungen in dieser Frage einschätzt — daß die DKP davon das Heil erwartet, ist altbekannt.

Bezeichnend ist aber auch noch, daß auch Herbert Mies sich nicht traut, in diesem Zusammenhang den Bundeskanzler zu erwähnen, ganz im Rahmen der DDR-Stellungnahmen bleibend. Er schreibt sogar: „Diesen Kräften (die diese Kampagne gegen den Besuch machten — d. Red.) paßt die ganze Grundrichtung einer Politik nicht, die auf die Sicherung des Friedens, auf die Ausfüllung geschlossener Verträge mit den sozialistischen Ländern, auf friedliche gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gerichtet ist.“ Die so beschriebene Politik ist aber keineswegs die Helmut Kohls, obwohl das in dem Artikel nahegelegt wird, ohne auf den Widerspruch einzugehen, daß es ja dieselbe Regierung ist, die die Stationierung vorantreibt — ausgeführt wird da gar nichts.

Eine Stellungnahme, die differenziert betrachtet werden muß: Zum einen stimmt es einfach nicht mit den Tatsachen überein, daß in der Deutschlandpolitik eine „Wende“ nur von Sozialdemokraten erwartet worden sei. Die Tonart, die ein Strauß vor noch nicht langer Zeit anschluss signalisierte eine eindeutig andere Politik, als sie heute betrieben wird. Daß verstärkt eine Politik des Revanchismus und der Aufrüstung betrieben wird, ist allerdings unbestreitbar. Daß das, was da real an „gegenseitigen Beziehungen“ läuft, eine qualitative Veränderung wäre, daß nicht mehr hauptsächlich auf eine wirtschaftliche Unterwanderung gesetzt würde, das stimmt einfach mit den politischen Fakten nicht überein. Wenn man beurteilt, was wirklich geschieht und

Politik nicht nur an dieser oder jener Rede festmacht, was eben nur ein Teil der Wirklichkeit ist.

Was die Berichterstattung über die WEU betrifft, so wird dies zu Recht als Fehler am RM kritisiert. Was aber über die Einschätzung der Politik keinen entscheidenden Unterschied macht, da diese Beurteilung natürlich nicht wegen der WEU bei KPD und BWK unterschiedlich ist. Sondern wegen der Rolle, die die jeweilige Organisation dem westdeutschen Imperialismus — innerhalb der NATO etwa — beimessen. Das hat alles nichts damit zu tun, daß die KPD etwa nicht meinen würde, der westdeutsche Imperialismus sei aggressiv, revanchistisch usw. — niemand kann das ernsthaft ableugnen. Es hat aber wohl etwas zu tun mit der politischen Einschätzung der Lage, mit der Wiedergabe dessen, was man für die Wahrheit hält. Und dies betrifft dann in den Streitpunkten sowohl die Politik der USA, als, wie im konkreten Fall, eben auch die der Sowjetunion.

Dabei kann bei kommunistischer Herangehensweise nicht an erster Stelle die Frage stehen, ob dieser oder jener angegriffen werden darf, ob dies günstig ist oder nicht, sondern zuerst müßte man klären, ob er es sozusagen „verdient“ hat, daß man ihn angreift, was für die sowjetische Deutschlandpolitik allerdings zutrifft.

Die andere Haltung einnehmen, hieße weitergedacht, daß man da hinkommen kann, wie es ja auch schon vertreten wurde, daß man einen Reaktionsär nicht mehr so nennt, weil man seinen imperialistischen Gegner bekämpft. Und das allerdings wäre dann der endgültige Abschied von einer revolutionären Politik. Das ist natürlich etwas überspitzt, liegt aber in der Logik dieses Gedankengangs.

Die Handlungen der Bundesregierung sind vom „Roten Morgen“ keineswegs ignoriert worden, die Kritik an der Sowjetunion in keiner Weise dazu genutzt, die BRD-Politik zu beschönigen oder zu entschuldigen. Aber genauso wenig werden wir den Pinsel auf der anderen Seite anwenden und Tünche verbreiten.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Veranstaltung der KPD in Duisburg

Vor 10 Jahren starb Genosse Günter Routhier

Vor 10 Jahren, am 18. Juni 1974, starb Genosse Günter Routhier an den Folgen eines Polizeieinsatzes. Aus diesem Anlaß fand jetzt — etwas verspätet — eine Veranstaltung der KPD in Duisburg statt. Unter den Anwesenden war auch Rotraud Routhier, die Frau des Genossen Günter.



Ein Film des holländischen Fernsehens — Interviews mit Betroffenen, Bilder von Polizisten, die auf Trauergäste einschlagen — dokumentierte, was damals geschah. Da ist Pit Routhier, der berichtet, wie er mit ansehen mußte, daß Polizisten, die genau wußten, daß sein Vater Bluter war, ihn erst in die Stuhlreihen im Arbeitsgericht und dann die Treppe hinunterstoßen. Da ist der Anwalt, der — beim Abtransport der Festgenommenen zum Polizeipräsidium dabei — berichtet, wie die Polizisten seinen Hinweis, daß der bewußtlos auf dem Boden des Polizeiwagens liegende Günter Routhier Bluter sei, mit der zynischen Bemerkung kontern: „Märchenstunde ist morgen“.

Und da ist der Vertreter der Duisburger Polizei, der, hinter seinem Schreibtisch verschänzt, in die Kamera hinein verkündet, daß die Beamten schließlich nur

ihre Pflicht getan hätten. Außerdem könne keine Rede davon sein, daß Polizeibeamte Günter Routhier die Treppe heruntergestoßen hätten, vielmehr sei Günter Routhier selbständig die Treppe heruntergestürzt, habe einen Polizeibeamten mitgerissen und der zweite habe losgelassen, um nicht mitzufallen... Ein Schreibtischtäter.

Und da ist auch der Münsteraner Professor Sigrist. Einer von vielen, die nicht bereit waren, einfach zu akzeptieren, daß in diesem Land die Polizei bestimmt, was die Wahrheit ist und was nicht.

Und schließlich ist der Film selbst ein Dokument der damaligen politischen Situation. Denn anders als über das holländische Fernsehen war damals für Bürger dieser unserer „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier aus den Medien nicht zu er-

fahren...

Auf der Veranstaltung sprachen Hanfried Brenner für die KPD, ein Vertreter des Krefelder Ermittlungsausschusses, ein Vertreter der Dortmunder Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ und Almuth Euler für die Rote Hilfe Deutschlands. Für die angeklagten und bereits verurteilten Krefelder Demonstranten wurden über 250 Mark gesammelt. Das kulturelle Rahmenprogramm bestritten der Liedermacher Bruno Eck, der Autor Walter Krebs und der „Zeitzünder“.

Erich Fried — 1974

Märchenstunde

zum Andenken an Günter Routhier, gestorben in der Universitätsklinik, Essen, am 18. Juni 1974 an Verletzungen (Gehirnblutung), die ihm von Beamten der Politischen Polizei in

Duisburg am 5. Juni zugefügt wurden, die bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung gegen die Zuschauer unter Gewaltanwendung vorging.

Da hat einer versucht
einige Polizisten
von einem, der schon am Boden lag
abzuhalten
mit wiederholten Rufen:
„Mein Vater stirbt“
Darauf ein Polizist:
„Märchenstunde ist morgen“

Aber das Märchen ist das
von der Pflichterfüllung
der Polizei
und die Wahrheit
ist blutige Wahrheit

Die wahren Märchenerzähler
sind die die Märchen

für wahr ausgeben
und die Wahrheit
für blutige Märchen

Wenn die Märchenstunde
erst morgen ist
soll vielleicht heute
nur Stimmung gemacht werden
für diese Märchenstunde

Wird es wieder
ein deutsches
Volksmärchen sein?
Wer wird es wem erzählen?
Und wie wird es enden?

Kommunalwahl NRW

Bunte Liste Oberhausener Demokraten kandidiert

Angeregt durch die Berichterstattung im Roten Morgen 36/84 über die Kandidatur der KPD in Dortmund bei den Kommunalwahlen, schickte uns ein Leser einen Bericht über ein Wahlbündnis in Oberhausen:

Ein „extremes Spektrum“, ein „Volksfrontbündnis ungewöhnlicher Spannweite“, so wie es

von der SPD-Spitze genannt wird, eben die Wählergemeinschaft Bunte Liste Oberhausen-

ner Demokraten stellt sich zur Wahl: In Oberhausen wird auf der „linken“ Seite keine andere Partei kandidieren.

Dieses Wahlbündnis, ein Personenbündnis, das sich auf ein gemeinsames Programm geeinigt hat, wird unterstützt von

den Grünen, den Demokratischen Sozialisten, der DKP, der Volksfront, den Grauen Panther, der Ausländerinitiative, dem Verein „Frauen helfen Frauen“, dem Stadtelternrat usw. usf., ebenso von vielen Einzelpersonen und Bürgerinitiativen. Es hat gute Chancen, in den Rat zu kommen; denn es arbeitet schon seit über 2 Jahren konkret an kommunalen Problemen.

Gemeinsame politische Grundlage ist ein Programm mit umfangreichen Ausführungen zu Oberhausener und allgemeinen Themen. Als wichtigste Forderung wird die Forderung nach Schaffung direkter Einflußnahme auf kommunale Politik erhoben, es wird ein Bürgerparlament gefordert, das regelmäßig vor Ratssitzungen öffentlich alle Tagesordnungspunkte vordiskutiert. Das imperative Mandat soll Verselbständigungen von Mandatsträgern verhindern; demokratische Rechte sollen ausgebaut und neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Tendenzen entgegengetreten werden.

Eine Auswahl weiterer wesentlicher Aussagen: Vergesellschaftung der Stahlindustrie, Einführung der 35-Stunden-Woche, auch und zuerst in der Stadtverwaltung, Maßnahmen zum Schutz der Natur und zur Entzerrung des Innenstadter-

Bericht vom Septemberplenar des ZK des KPD

Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie. Das ZK billigte die Einschätzung, die in vier Artikeln des Roten Morgen (zusammengefaßt im RM-Sonderdruck „Was hat's gebracht?“) über die Einschätzung dieses Kampfes getroffen worden war.

Ergänzend zu diesen Artikeln wurde ein Bericht über die Tätigkeit der Partei in dieser Auseinandersetzung diskutiert und verabschiedet, der im internen Organ „Der Kommunist“ veröffentlicht werden wird. Hier nur so viel: Die Partei hatte sich vorgenommen, tatkräftig in die Auseinandersetzung um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche einzugreifen. Und das hat sie auch getan. Möglich wurde diese für unsere kräftemäßigen und finanziellen Möglichkeiten der Partei sehr große Aktivität — es wurden beispielsweise allein über 600000 Streikzeitungen und zentrale Flugblätter verteilt — nur durch den sehr großen Einsatz vieler Genossinnen und Genossen der Partei. Nicht zu vergessen aber auch die Freunde der Partei, die die Spendensammlung für diesen Kampf unterstützt haben. Ihnen allen hat das ZK zu danken.

Die Einschätzung der KPD über die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche unterscheidet sich z. T. erheblich von der anderer linker Organisationen. Das ZK hielt es für notwendig, sich mit diesen anderen Auffassungen kritisch auseinanderzusetzen. Das wird in einem Artikel im Roten Morgen geschehen. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche wird im übrigen auch Thema der nächsten gemeinsamen Sitzung der ZKs von BWK und KPD Anfang Oktober sein.

Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenskandal. Das ZK beschloß, daß die Partei gemeinsam mit der KJD entschieden aktiv als bisher in die Auseinandersetzung um die Frage

eingreifen muß. Dazu wird jetzt ein Flugblatt der Partei erscheinen (ein Flugblatt der KJD gibt es bereits). Für Januar/Februar nächsten Jahres beschloß das ZK, gezielte Aktionen gegen ausgewählte Großbetriebe durchzuführen, die u. a. für die Forderung nach einer 10prozentigen Ausbildungsquote in den Großbetrieben Druck macht.

Haltung der KPD zu den Parlamentswahlen. Das ZK verabschiedete einen Diskussionsbeitrag zu dieser Frage (wie vom letzten Parteitag beschlossen), der sich in Auseinandersetzung mit einigen grundsätzlichen Bedenken für die generelle Beteiligung der Partei an den Parlamentswahlen einsetzt. Dieser Artikel wird im „Kommunist“ veröffentlicht. Das ZK befaßte sich konkret auch mit den Landtagswahlen in NRW. Hierzu hatte bereits auf dem letzten Plenum eine Beratung mit den drei Landesbezirksleitungen der Partei in NRW stattgefunden. Die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen, zu der es in den Landesbezirksleitungen bisher keine einheitliche Meinung gibt, wird in den nächsten Monaten in der Partei in NRW diskutiert.

Frauen. Die verantwortliche Genossin des ZK für Frauenfragen berichtete insbesondere über den Verlauf der Frauenkonferenzen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben. Als Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten, daß die Partei sich nicht nur politisch im Kampf gegen die Unterdrückung der Frau engagieren, sondern auch Wege finden muß, wie die Benachteiligung der Frauen, insbesondere der Hausfrauen, in der Partei konkret verbessert werden kann.

Das ZK diskutierte außerdem über die Situation in verschiedenen Landesverbänden der Partei und konkrete Probleme der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Partei.

Jetzt befinden wir uns mitten im Wahlkampf. Unsere 30 Kandidaten in den Wahlbezirken und die Kandidaten für die Bezirksvertretungen und die Reservelisten sind benannt, das Unterstützungsunterschriften-sammeln ist abgeschlossen. Durch Eingreifen in stadtteilbezogene Probleme, Leserbrief, Stellungnahmen an die Stadtverwaltung, öffentliche Versammlungen und fünf in der ganzen Stadt vertriebene Massenzeitungen machen wir uns weiter bekannt und vermitteln unser Anliegen. Wir starren aber nicht auf den 30.9.; die Arbeit im Bündnis und außerparlamentarischen Bereich wird weitergeführt, die Grundlage eines Zusammenschlusses und weiterer Zusammenarbeit verschiedener Gruppen ist hierfür anläßlich der Wahl gelegt.

Zur Finanzierung des Programms werden detaillierte Umstrukturierungsmaßnahmen im Haushalt gefordert, so z. B. das Fallenlassen unnötiger und kostspieliger Großprojekte (Parkhäuser, Straßenkreuzungen usw.) und eine 10prozentige Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B für ausgewiesenes Bauland, sowie Mehrausgaben für soziale Zwecke.

Wer Interesse hat, das Programm und die Bunte-Liste-Zeitungen zu lesen, bekommt sie bei der Geschäftsstelle der Bunte Liste, Lothringer Str. 64, 4200 Oberhausen 1, Tel.: 854303

10. Ausländer
Durch ihre Arbeit haben die in der Bundesrepublik lebenden Arbeitnehmer entscheidend zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik beigetragen.
Dies gibt den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien nunmehr ein Anrecht auf diesen Land zu bleiben, das sie mitaufgebaut haben.
Es muß anerkannt werden, daß die Bundesrepublik bei einem Ausländeranteil von ca. 7,6 % der Gesamtbevölkerung faktisch ein Einwanderungsland ist. Unser Reichtum ist auch der Reichtum der ausländischen Mitbürger, die ihn mitgeschaffen haben.
Woraus folgt ebenfalls, daß die in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Familien einen Anspruch auf gleiche Bürgerrechte haben. Dies liegt auch im Interesse der deutschen Bevölkerung, denn die rechtliche Ungleichbehandlung eines Teils der Bevölkerung schafft soziale Probleme, unter denen das gesamte Gemeinwesen leidet.
Die verstärkten wirtschaftlichen und sozialen Probleme werden durch ausländerfeindliche Maßnahmen nicht gelöst. Es sind unsere gemeinsamen Probleme, die nicht dadurch beseitigt werden können, daß man sie auf einzelne Gruppen der Gesellschaft abwälzt.
Es ist eine dringende Aufgabe von Rat und Verwaltung, in Bereich der Stadt die Lebensbedingungen der ausländischen Mitbürger zu verbessern und der wachsenden Ausländerfeindlichkeit tätig entgegenzutreten.
Gerade in dieser Zeit, in der diese Ausländerfeindlichkeit durch die Politik der Bundesregierung verstärkt und gefördert wird, muß die Kommune dieser Tendenz durch erheblich verstärkte Nutzung ihrer Möglichkeiten entgegenwirken.
Das Vorhandensein verschiedener Kulturen sollte als Bereicherung der Gesellschaft anerkannt werden.
Daraus folgt als Zielvorstellung eine mehrkulturelle und mehrsprachige Gesellschaft, in der einerseits die Ausländer die Möglichkeit haben, sich den Lebensverhältnissen der Deutschen und ihrer eigenen Volksgruppe in der Bundesrepublik

anzupassen, andererseits die Deutschen lernen, die Mehrheitskulturen zu verstehen.
Wozu ist erforderlich, daß das beiderseitige Lernen institutionell gewährleistet wird. Das Recht auf eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung ist ebenso wie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung eine Forderung, die dem Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft entspricht.
Zur Verwirklichung der vorgenannten Vorstellungen setzt sich die BUNTE LISTE für folgende Maßnahmen ein:
- Gemeinsamenarbeit in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil (Beratung, Hilfe, Gruppenarbeit);
- Förderung örtlicher Gemeinschaftsinitiativen in diesen Wohngebieten;
- dezentrale Sprachkurse in den Stadtteilen (Überwindung von Schwellenängsten) in Zusammenarbeit mit der VHS;
- Förderung von Freizeitangeboten;
- Ausweitung des interkulturellen Unterrichts an den Schulen (entsprechend des UNESCO-Modells in der Peter-schule);
- verstärkte Einstellung türkischer Lehrkräfte, besonders an Schulen mit hohem Anteil türkischer Kinder;
- verstärkte überbetriebliche Ausbildung auch für Ausländer, da diese wegen ihrer situationsbedingten schlechten Zeugnisse keine Ausbildungsstelle finden;
- Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsstellen durch Ausländer gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerungszahl; dabei muß die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen;
- die Integrationsarbeit der Regionalen Arbeitsstelle (RAA) muß stellenmäßig viel mehr gefördert und aufrechterhalten werden;
- Integrationsinitiativen wie z.B. „Tiere des Hauses“ und „Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit“ sind finanziell zu unterstützen;
- verbesserte Schulung im Ausländerbereich tätiger Mitarbeiter;
- Ausweitung der Informationsfähigkeit der Stadt für Ausländer, z.B. durch

eine regelmäßig erscheinende, mehrsprachige Informationsbroschüre;
- Einrichtung eines selbstverwalteten internationalen Zentrums (Betspiel: Moers);
- der Ausländerbeirat muß eine von Ausländern gewählte Vertretung sein mit Informations-, Antrags- und Kontrollrecht;
- Finanzierung einer unabhängigen von Ausländern für Ausländer gemachten Ausländerzeitung durch die Stadt;
- Weiterführung einer im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wohlwollenden einseitlichen Ausländerpolitik; z.B. keine Ausweisung getrenntlebender türkischer Ehefrauen, da das Getrenntleben keine Vermutung für das Scheitern der Ehe begründet;
- ständige Aktionen der Stadt gegen die Entwicklung rassistischer und ausländerfeindlicher Tendenzen;
An sich ist das Zusammenleben in einer mehrkulturellen Gesellschaft von allen gesellschaftlichen Gruppen abhängig. Ausländerfeindlichkeit und vor allem die derzeitige Rechtlosigkeit der Ausländer führt bei diesen jedoch zu einer erheblichen Verunsicherung. Die daraus folgende Abgrenzung der Ausländer gegenüber den Deutschen verstärkt wiederum deren Vorurteile.
Voraussetzung eines vertrauensvollen Zusammenlebens von deutschen und ausländischen Bürgern ist daher die Stärkung der Rechtsstellung der Ausländer in der Bundesrepublik.
Die BUNTE LISTE fordert daher die Einführung des kommunalen Wahlrechts nach niederländischen bzw. skandinavischem Muster.

Aus dem Programm

Zu einer Polemik im „Arbeiterkampf“

Konsequenzen aus dem Streik?

In seiner Ausgabe Nr. 249 vom 7. 8. 84 veröffentlicht der „Arbeiterkampf“ (AK) — Zeitung des Kommunistischen Bundes — die Einschätzung der Kommission Betrieb und Gewerkschaft des KB über die Tarifrunde der IGM und IG Drupa sowie die Rolle der Linken dabei. Hier soll nicht die ganze inhaltliche Debatte um dieses Thema geführt werden, sondern einige Bemerkungen zu den verschiedenen Fragen gemacht werden, weil wir Interesse an einer solchen Auseinandersetzung mit allen haben.

1. Im AK werden kurz gefaßt folgende Thesen vertreten: Das Ergebnis der Auseinandersetzung stellt eine Niederlage der Gewerkschaften dar, ein 40-Stunden-Tabu „hat es realistisch betrachtet nicht gegeben, von Beginn an ging es den Kapitalisten ausschließlich um die Flexibilisierung; war dieser Meinung zufolge bereits die ursprüngliche Gewerkschaftsforderung äußerst kritisch zu betrachten, so gibt das Ergebnis den Gewerkschaften nur noch den Spielraum, eine neue Sozialpartnerschaft im Rahmen der kapitalistischen Krisenpolitik zu spielen.“

Die Linke ist (mit Ausnahme von KB, Revier und Arbeiterpolitik, die namentlich erwähnt werden) darauf reingefallen, insbesondere GIM und KPD haben dies in eine „gewerkschaftliche Orientierung“ umgemünzt, was für unsere Partei laut AK einen verbalradikal eingeleiteten Kursschwenk bedeutet, dieselbe Argumentation wie die der DKP sei sozusagen die Regel gewesen.

2. Zur inhaltlichen Bewertung durch den KB ließe sich vieles sagen, was hier den Rahmen sprengt. Nicht über die Frage des inhaltlichen Ergebnisses als solchem, das in der Tat auch unserer Meinung nach negativ ist und Gefahren birgt. Sondern über die gesamte politische Bewertung. Abgesehen davon, daß es nicht zutrifft, daß unsere Partei gesagt habe, alleine die Forderung ließe bereits keinen Spielraum mehr für sozialpartnerschaftliches Herangehen, bleibt festzustellen, daß in der Tat eine solche Forderung, die den Kapitalisten Kosten zuschiebt, diametral der heutigen bürgerlichen Propaganda entgegengesetzt ist, die stets von Seiten der Arbeiter Opfer fordert. Das haben wir allerdings vertreten, und dies tun wir auch weiterhin, und der KB hat noch nicht einmal den Versuch gemacht, etwas vorzubringen, was diese Meinung er-

schüttern könnte.

3. Das führt denn auch automatisch zur nächsten Frage, was denn der KB unter „Sozialpartnerschaft“ wohl versteht. Er kommt trotz aller Zitate nicht darum herum, daß es für die Bourgeoisie eine „Enttäuschung“ war, wie beispielsweise die Urabstimmungen endeten, daß sie allerdings einen Teil ihrer Taktik darauf abgestellt hatte, „die Funktionäre“ von „der Basis“ zu isolieren, gegen den Inhalt der Forderung. Und daß dies maßgeblich Änderungen mit sich gebracht hätte,

keineswegs in erster Linie für irgendwelche angestrebten „Kamirunden“, sondern für die gesamte Gewerkschaftsarbeit überhaupt, auch für die der Linken.

Daß die Führung von IGM und IG Drupa keine sozialpartnerschaftliche Politik vertritt, ist von unserer Seite her jedenfalls höchstens in der Phantasie des KB vertreten worden. Daß sie das weiterhin tun werden — kein gegenteiliger Grund ist sichtbar. Nur hat das zunächst einmal wenig damit zu tun, welche Rolle den Gewerkschaften, und keineswegs nur ihrer Führung, nach einer wirklichen totalen Niederlage noch übrig geblieben wäre.

4. Was der KB schließlich zu den anderen Linken zu sagen hat, ist, wie meist im AK, ebenso selbstherrlich wie daneben. Damit sind nicht die

üblichen Sperenzchen gemeint mit Anführungszeichen, Klammern und Co — jeder sucht sich sein Profil auf eigene Weise. Selbstherrlich ist dies nicht deshalb, weil andere an der eigenen Einschätzung gemessen werden, sondern weil diese anderen Positionen so schön verzerrt dargestellt werden, daß sie ins althergebrachte AK-Bild passen. Und das führt denn auch dazu, daß die Bewertungen eben daneben liegen.

Daß sich die Veröffentlichungen im „Info 35“ nicht von der UZ unterscheiden hätten, kann nur behaupten, wer voraussetzt, daß seine Leser beides nicht zum Vergleich vorliegen haben. Daß unsere Partei eine „gewerkschaftliche Orientierung“ eingeschlagen habe (und darunter ist ja wohl üblicherweise eine Ausrichtung an der Gewerkschaftsführung zu verstehen) ist eine Behauptung, die nur unter bewußter Mißachtung vorliegender Erklärungen zustandekommen kann. Solche „spitzen Bemerkungen“ schließlich wie, wir würden Einzelfälle aufbauschen und zusammenfassend: von einer anderen Klassenwirklichkeit träumen, gehören ebenso

zum üblichen Polemikarsenal (aus dem wir zu schöpfen uns schon längere Zeit abgewöhnt haben) wie sie unbewiesen bleiben.

Für die Frage „wie weiter“ für die Linken in der Gewerkschaft bringt dieser Beitrag des AK auf diese Weise nicht sehr viel. Einer falschen Bewertung der Auseinandersetzung folgt eine falsche Auseinandersetzung mit den Linken, über eigene Arbeit wird nichts gesagt. Ein anderer, inhaltlich ernster Stil der Genossen wäre da schon ein Schritt nach vorne gewesen.

Passagen aus dem „AK“-Artikel

(Leider ist es uns nicht möglich, den ganzen Artikel wiederzugeben, weil er über zwei Seiten im AK umfaßt. Hier nur einige der Passagen, die sich direkt mit der Politik unserer Partei auseinandersetzen).

„Verblüffen muß Ähnliches bei der ‚KPD‘. Früher stramm auf linkssektiererischem ‚RGO‘ Kurs, wird daraus jetzt der neue ‚GO‘-Kurs, ‚KPD‘ auf den Pfaden ‚gewerkschaftlicher Orientierung‘. Die Formel ist ganz einfach: Skepsis gegenüber der 35-Stunden-Auseinandersetzung sei völlig unangebracht, es reiche, die positive und offensive Wirkung dieser Forderung tatkräftig zu unterstützen“ (14), die per se gegen die Richtung der WENDE-Politik laufe und daher Sozialpartnerschaft keine Raum lasse, so hieß es schon vor

Beginn der Tarifrunde. Und hinterher konstatiert die ‚KPD‘ zwar das Ergebnis als Niederlage, aber, die Bereitschaft, eine eigenständige Antwort auf die Krise zu geben ... ist auch ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung. Die Bedingungen dafür, den Widerstand gegen Kapital und Reaktion zu entfalten, sind nach diesem Kampf besser als zuvor“ (15). Von einem „Stimmungsumschwung auf klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik“ ist die Rede. Neu sind solche Sprüche ja nicht, der heutige verbalradikal eingeleitete Rechtsschwenk der ‚KPD‘ ist nur die Kehrseite der alten, nicht mehr haltbaren Praxis. Wie früher auch werden einzelne radikale Aktionen im Streik verallgemeinert, wird Vorgängen einer einzigen Betriebsbesetzung von einem Tag (bei Filterknecht, wo die Belegschaft gegen die kalte Aussperrung protestierte, weil sie arbeiten wollte) eine überdimensionale Bedeutung und eine eigenwillig interpretierte Absicht verpaßt. Erscheinungen eines solchen Streiks, hohe NEIN-Stimmen-Zahl bei der Urabstimmung — die in der Geschichte der Arbeitskämpfe der BRD überhaupt keine qualitativ neue Besonderheit sind (wobei anzumerken bleibt, daß Aktionen in den Septemberstreiks 1969 und den wilden Streiks 1974 am einiges radikaler waren) — werden einfach so hingebogen, daß sie die eigene nur-gewerkschaftliche Orientierung der ‚Partei‘ im Lichte der entscheidenden strategischen Orientierung der Kommunisten erglänzen lassen.“ (aus AK 249/84, S. 5)



Kundgebung im hessischen Streikgebiet — auch hier bemühten sich Genossen der KPD, den Kampf zu unterstützen. Eine Haltung, die unsere Partei entschieden und bewußt einnahm und auch weiterhin für richtig hält.

Gewerkschaftsvorstand zu Formaldehyd

GHK stellt Forderung an Geissler

Die folgende Stellungnahme des Vorstandes der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) wurde als „letzte Meldung“ in der Septemberausgabe der Gewerkschaftszeitung „HZ“ abgedruckt. Wir geben sie wieder, weil sie durchaus nicht alltäglich für einen Gewerkschaftsvorstand ist ...

Als Reaktion auf Presseveröffentlichungen über vorhandene Untersuchungen einer Krebsgefährdung durch Formaldehyd hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) den Bundesgesundheitsminister Heiner Geissler als verantwortlichen Minister der in den Medien genannten Bundesbehörden aufgefordert, alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen und eine sofortige rückhaltlose Aufklärung aller Verdachtsmomente durchzuführen.

Der GHK-Hauptvorstand sieht durch die bekanntgewordenen Veröffentlichungen des

Umweltbundesamtes, des Bundesgesundheitsamtes und anderer Institutionen bestehende Befürchtungen über die gesundheitsschädigende Wirkung und mögliche Krebsgefährdung durch das chemische Bindemittel Formaldehyd bestätigt. Hiervon werden besonders die Beschäftigten in der Spanplattenherstellung sowie in der weiterverarbeitenden Möbelindustrie und im Handwerk betroffen.

Die GHK befaßt sich schon seit längerem mit der wachsenden Gefährdung durch Schadstoffe am Arbeitsplatz. Hier wird von einer „Chemi-

sierung“ der Arbeitsplätze gesprochen, die als Ursache für zunehmende arbeitsbedingte Erkrankungen angesehen werden kann. Bei diesen Erkrankungen muß der Krebs als das letzte Glied in einer Kette von Krankheiten angesehen werden, die sich zum Beispiel als Infekte der oberen Luftwege, Hautveränderungen, Leberfunktionsstörungen oder als auffällige leichte Ermüdbarkeit darstellen.

Die GHK fordert den Bundesgesundheitsminister und die Bundesbehörden auf, sich nicht durch eine interessen-gelenkte Politik des BASF-Konzerns als größtem Formaldehydhersteller beeinflussen zu lassen.

Das Argument mangelnder wirtschaftlicher und technischer Alternativen trifft für den Bereich der Spanplattenher-

stellung nicht zu. Allerdings sind zur Zeit nur ca. 10 Prozent der Gesamtproduktion aller hergestellten Spanplatten in der Bundesrepublik formaldehydfrei.

Die GHK betont: Sollte sich der Krebsverdacht und die gesundheitsschädigende Wirkung durch Formaldehyd verstärken, wird sie der Gesundheit der Arbeitnehmer den Vorrang vor wirtschaftlich-technischen Nachteilen bei der Herstellung und Verarbeitung von Spanplatten geben. Es geht der GHK durchaus darum, vom Formaldehyd wegzukommen. Nur so sind für die GHK neben der Gesundheit von Beschäftigten und Verbrauchern auch die Arbeitsplätze in der Holzwirtschaft zu sichern und die Betriebe vor möglichen wirtschaftlichen Schäden zu bewahren.

In der Nummer 7/84 der Zeitschrift „Revier“ (Zeitung für das Ruhrgebiet) hatte der Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschung (IMSF) Klaus Pickhaus einen Artikel zu den Ergebnissen der diesjährigen Betriebsratswahlen veröffentlicht. In einem Leserbrief der in der Nummer 9/84 erschien, wehrte sich der Kollege Roesler von der „Metallerliste“ bei Ford Köln gegen die dort verbreitete These, diese Liste sei „RGO-nahe“. In seiner dazu abgedruckten Antwort in derselben Ausgabe verweist Pickhaus darauf, er habe seine Informationen aus dem „Roten Morgen“ und dem „Arbeiterkampf“. Gegen diese sachlich ebenso falsche wie —

bei guten Willen — leicht überprüfbare Einschätzung bzw. Behauptung hat die Redaktion des RM in einem Brief an die Revier-Redaktion Stellung genommen. Dabei haben wir unsere Erwartung geäußert, daß die „Revier“ dies auch veröffentlicht, weil wir nicht glauben, daß sie sich zur Plattform für Verleumdungen von Seiten der DKP machen lassen will. Unser Interesse galt dabei ausschließlich der sachlichen Richtigstellung der Behauptungen von K. Pickhaus, deshalb haben wir auch auf eine angemessene politische Antwort, etwa über die Berichterstattung der UZ über die Betriebsratswahlen, in diesem Zusammenhang verzichtet ...

Brief der RM-Redaktion an „Revier“

An die Redaktion „Revier“

Den Kollegen Roesler und Pickhaus zur Kenntnis

Betrifft: (Ford-Betriebsratswahl), Leserbrief Roesler und Antwort Pickhaus in „Revier“ 9/84, Seite 38

Liebe Kollegen von der „Revier“,

wir möchten euch ernsthaft darum bitten, diesen Kurzbrief euren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Zu der Antwort von Klaus Pickhaus folgende drei Punkte:

1. Bei der Berichterstattung über die BR-Wahl bei Ford Köln hat der Rote Morgen in keinem Fall, wie es K. Pickhaus behauptet, die „Metallerliste“ als „RGO-orientiert“ oder ähnlich bezeichnet. Wir haben über diese Wahl berichtet und diese Liste als positive Kraft im Sinne der Belegschaft gewertet — das war alles.

2. Sollte Klaus Pickhaus, entgegen seinen Aussagen, diesbezügliche Informationen nur aus dem „Arbeiterkampf“ Nr. 246 genommen haben, so muß er wissen, daß die dort getroffene Bewertung eine eigene Interpretation der Genossen der Redaktion „Arbeiterkampf“ war. Diese Genossen mögen dabei einen Fehler gemacht haben, was aber für Klaus Pickhaus noch lange kein Grund sein dürfte, Behauptungen in die Welt zu setzen.

3. Es ist Sache von Klaus Pickhaus, seine Analysen auf den Informationen aufzubauen, die er will, als Mitarbeiter von IMSF dürfte er reiche Auswahl haben. Hier ist nicht der Ort, über Zeitungen zu schreiben, die ihm und seinem Arbeitgeber nahestehen, obwohl gerade das Thema Betriebsratswahl dazu viel Anlaß bieten würde. Es ist ebenso seine Sache, sich zum Roten Morgen zu äußern, wie er will — solange er sich an die Tatsachen hält, was hier nicht der Fall war.

Für die Redaktion Roter Morgen



Im Oktober ist eine Veranstaltungsreihe mit einer Vertreterin der Miner's Wives Committees und einer Frau von Greenham Common in der Bundesrepublik und Westberlin geplant.

Wir rufen unsere Leser und die Ortsgruppen der Partei auf, sich an der Unterstützung der geplanten Veranstaltungsreihe zu beteiligen. Bisher sind u. a. folgende Termine und Orte geplant, an denen Veranstaltungen vorgesehen sind:

11. 10. Hamburg; 12. 10. Norddeutschland; 13. 10. Köln, mit Teilnahme am Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit; 15. 10. Duisburg; 17. 10. Mannheim oder Frankfurt; 18. 10. Karlsruhe; 19. 10. Stuttgart; 20. 10. Westberlin.

Kontaktadresse für die Organisation sind: Steffi Engert/Angela Klein (069) 731092

Solidarität mit den britischen Bergarbeiterfrauen!

Im Aufruf, der zur Veranstaltungsreihe verbreitet wird, heißt es u. a. „Miners' Wives Committees — Not just tea and sandwiches“ — „Nicht nur Tee und Butterbrote“, so heißt das Video, das die Bergarbeiterfrauen jetzt gemacht haben, um ihre eigene Sache darzustellen. In diesem Titel drückt sich schon viel von der neuen Qualität in den Aktivitäten dieser Frauen aus. Noch in den Bergarbeiterstreiks vor zehn Jahren erschöpften sich ihre Unterstützung genau in Tee und Butterbrot. Heute organisieren Bergarbeiterfrauen in allen Streikgebieten ihre eigenen Frauenkomitees. Angesichts der Tatsache, daß die National Union of Mineworkers (NUM — Bergarbeitergewerkschaft) keine Streikgelder zahlt und nur die Angehörigen eine geringe Unterstützung vom Sozialamt bekommen, muß zwangsläufig ein großer Teil der Arbeit dieser Komitees in die Organisation der materiellen Unterstützung gesteckt werden. Dennoch beschränken sie sich keineswegs hierauf. Teilweise gegen die Vorstellungen der eigenen Männer, der Gewerkschafter, denen die Unterstützung zugute kommt, nehmen die Frauenkomitees an den Streikposten teil, setzen sie durch, daß sie Vertreterinnen in die Streikkomitees entsenden können. Sie erzwingen sich Rederecht auf gewerkschaftlichen Versammlungen und auf Kundgebungen.

Solidarität — auch hier

Wir halten diese Erfahrungen nicht nur im Zusammenhang mit der britischen Situation für sehr wichtig. Ähnliche wurden auch hier gemacht, wenn auch in kleinerem Rahmen, und wir rechnen damit, in Zukunft in der BRD ähnlich kämpfen zu müssen. Deshalb haben wir eine Frau aus der Greenham-Bewegung und eine Bergarbeiterfrau in die BRD eingeladen, zwischen dem 10. und 20. Oktober in mehreren Städten gemeinsame Diskussionen mit Aktiven aus Gewerkschafts-, Friedens- und Frauenbewegung zu führen.

Es geht aber nicht nur um Diskussion, sondern auch um Solidarität — nicht ein allgemeines Gefühl von Solidarität, sondern handfeste Unterstützung für die Bergarbeiterfrauen und ihre Männer und Kinder. Die Regierung Thatcher, deren Schicksal vom Ausgang dieses Bergarbeiterstreiks abhängt, will den Streik und die NUM mit allen Mitteln zerbrechen — und dazu gehört heute auch, die Moral der Frauen zu brechen. Deshalb veranlaßt die Regierung bürgerkriegsähnliche Polizeieinsätze ebenso wie die Kürzung der Sozialhilfe. Geldsammlungen sind also ebenso wichtig wie die Diskussion; konkrete Aktionen wichtiger als Solidaritätsresolutionen.

Patenschaften

Damit die Unterstützung nicht zur Eintagsfliege wird, geben wir, wo die Frauen mal gerade kommen und Kontakte von Dauer entstehen können, hier schon einen Vorschlag der Britinnen weiter: Sie bitten, daß Frauengruppen oder gewerkschaftliche Frauenausschüsse hier Patenschaften für einzelne Bergarbeiterfrauenkomitees übernehmen. Von Briefen und Solidaritätserklärungen über Geld- und Sachspenden (v. a. Kleider und Kinderspielzeug) bis hin zu Besuchen und Einladungen nach hier öffnet sich ein breiter Fächer von Möglichkeiten, wie so etwas aussehen kann. Ebenso sind die britischen Frauen daran interessiert, Artikel oder Interviews in der feministischen und gewerkschaftlichen Presse hier zu veröffentlichen.

Wir meinen, daß diese Vorschläge schon ab sofort diskutiert und aufgegriffen werden können. Die Bergarbeiterfrauen brauchen unsere Solidarität schon jetzt!

ÖTV fordert 5 Prozent und 10 freie Tage

Ausstieg aus der Wochenarbeitszeitverkürzung?

So oder ähnlich wird mancher gedacht haben, als er die Forderungen der ÖTV zur Tarifrunde, die mit einer ersten Sitzung der Verhandlungskommissionen am 25. 9. beginnen wird, hörte. Die übrigen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst — mit Ausnahme der Polizeigewerkschaft — stellten ähnliche Forderungen auf.

Schon nach Abschluß des ersten Teils des ÖTV-Kongresses schrieben wir im Roten Morgen vom 29. Juni 1984, daß die verabschiedete Resolution zur Arbeitszeitverkürzung — die ein Verkürzen auf 35 Stunden pro Woche bzw. eine entsprechende Verkürzung der Jahresarbeitszeit forderte — eindeutig einen Kompromißcharakter vor dem Hintergrund der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung der ÖTV hatte.

Diese Einschätzung bestätigt jetzt die Forderung der Tarifkommission. Sie lautet 10 freie Tage als Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung. Nur in der politischen Begründung wird die 35-Stunden-Woche überhaupt erwähnt — im Gegensatz übrigens zur Forderung der Postgewerkschaftler, die als ersten Punkt den Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fordern und die zehn Tage, die umgerechnet die 38,5 Stunden wie bei Metall ergeben, erst als eine Umsetzungsform in der allgemeinen Begründung der Forderungen auführt.

Diese Unterschiede sind mehr als eine sprachliche Haarspalterei — sie sind zu begreifen unter der Fragestellung, will man das Tabu der öffentlichen Unternehmer in Bezug auf die Wochenarbeitszeitverkürzung angreifen oder nicht, will man, auch zur Sicherung der eigenen Kampffähigkeit, gegen die Wendepolitik mit einer eigenen Perspektive die Mitglieder und Beschäftigten im öffentlichen Dienst mobilisieren oder nicht. Sie sind zu sehen unter dem Gesichtspunkt — beugt man sich der Opferpropaganda und den Angriffen auf die Lage der abhängig Beschäftigten oder kämpft man gegen die Abwäl-

zung der Krisenlasten auf die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten auch in diesem Bereich!

So gesehen ist die jetzt gestellte Forderung ein Zurückweichen vor der bereits laufenden Kampagne von Regierungen — von Zimmermann bis Schnoor — der Unternehmer und der veröffentlichten Meinung, die darauf hinauslaufen, die gerechten Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu diffamieren und unter den abhängig Beschäftigten in den anderen Gewerkschaften eine Solidarisierung mit dem notwendigen Kampf der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst zu verhindern.

Denn das dürfte klar sein: Erklärtes Ziel der Bonner Wendepolitik ist es, die Nullrunde durchzusetzen, keine Arbeitszeitverkürzung zuzulassen, selbst den Brosamen der Vorruhestandsregelung zu verhindern. Angesichts dieser Lage ist es sicher notwendig, bei aller Kritik an der Art und Weise der Forderung — die übrigens den Beschlüssen einer ganzen Reihe von ÖTV-Delegiertenkonferenzen u. a. aus Dortmund — widerspricht, die sich eindeutig für die 35 Stunden ausgesprochen hatten — den zu erwartenden Kampf in diesem Bereich breit zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang sind verschiedene Punkte von Interesse. So ist es teilweise unbekannt, daß ein großer Teil der ÖTV-Mitglieder und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Einkommen beziehen, die um die 2000 Mark brutto liegen — also von einer grundsätzlichen Besserstellung im Vergleich zur Industrie keine Rede sein kann. Daß die öffentlichen

Unternehmer z. T. Vorreiter spielten bei der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, dürfte ebenfalls kaum bekannt sein. Neben Arbeitsverträgen, die weniger als 40 Stunden vorsehen — natürlich ohne vollen Lohnausgleich — haben insbesondere viele Kommunen massiv Gebrauch gemacht von ABM-Stellen und sonstigen zeitlich befristeten Verträgen, die einen Teil

der dort Beschäftigten praktisch mit Gewißheit wieder in die Arbeitslosigkeit führt.

Angesichts der massiven Hetze gegen die Forderung der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst dürfte klar sein, daß ein Tarifvertrag, wie ihn die ÖTV am 30. 6. 1984 für die Seehäfen abschloß nicht ohne Kampf zu erreichen ist. In dem genannten Vertrag sind ab 1. 1. 1986 neun freie Tage, die in drei gleichmäßigen Zeitabschnitten im Jahr genommen werden, für alle vereinbart. In 1985 wird die Arbeitszeit für alle unter 55 Jahre um 5 Tage, für alle über 55 Jahre um 7 Tage verkürzt.

Nach den Tarifabschlüssen ...

geht es insbesondere im Bereich der IGM um die Frage der Umsetzung des Tarifvertrages in Betriebsvereinbarungen, die zum 1. 4. 1985 in Kraft treten sollen. Der Vorstand der IGM hat in diesen Tagen seinen Zeitplan veröffentlicht, mit dem ein einheitliches Vorgehen der IGM gesichert werden soll.

Der für die Vertrauensleutearbeit zuständige Lutz Dieckhoff schreibt dazu u. a.: „Es muß alles getan werden, damit wir die 38,5-Stunden-Woche für jeden erreichen. Damit wird eine Spaltung der Belegschaft verhindert. Die zur Festlegung der betrieblichen Wochenarbeitszeit notwendige Betriebsvereinbarung muß im Vertrauenskörper beraten werden.“

Eine Praxis, die sicher zu begrüßen wäre — wobei die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, daß darum mit den mehrheitlich sozialpartnerschaftlich orientierten Betriebsräten von den Vertrauensleuten ein harter Kampf notwendig ist.

Die Zeitplanung des Vorstandes IGM sieht so aus:

- Bis Mitte September werden für alle Bezirke Seminarkonzepte erarbeitet;
- Vom 1. Oktober bis Mitte Dezember 1984 sollen in Verantwortung der Verwaltungsstellen die Seminare „Umsetzung des Tarifvertrages“ durchgeführt werden;
- Gleichzeitig soll vor Ort, in

den Betrieben die breite Diskussion über die Umsetzung des Tarifvertrages geführt werden;

- Die Betriebsräte sollen in ständigem Kontakt mit der jeweiligen Verwaltungsstelle zwischen dem 15. 1. und 15. 3. 1985 die Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung führen. Die Betriebsvereinbarung soll bis spätestens 15. März 1985 abgeschlossen sein;
- Eckpunkte einer Betriebsvereinbarung will der IGM-Vorstand bis Ende des Jahres 1984 vorlegen.

Gerade die ersten Diskussionen im Stahlbereich, in dem bereits ab dem 1. 10. 1984 die verkürzte Wochenarbeitszeit in Kraft tritt, haben gezeigt, daß insbesondere zwei Fragen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen werden:

Wie muß eine Regelung aussehen, die die Möglichkeiten der Unternehmer, die Arbeitszeitverkürzung, die ja schon gering genug ist, durch verstärkte Leistungsabforderung zu unterlaufen?

Die Notwendigkeit des vollen Personalausgleichs und seine Durchsetzung — dies ist der zweite Bereich, in dem gerade die klassenkämpferischen Kräfte sich aktiv einmischen müssen.

Im nächsten Roten Morgen werden wir dazu erste Erfahrungen aus den Großbetrieben der Stahlindustrie genauer darstellen.

= = = kurz berichtet = = = kurz berichtet = = = kurz berichtet = = = kurz

Zeitverträge auf drei Jahre ...

möchten die bundesdeutschen Unternehmer im Beschäftigungsförderungsgesetz verankert sehen — die geplante Ausdehnung auf ein Jahr durch Herrn Blüm reicht ihnen offenbar noch nicht. So äußerten sich jedenfalls 934 von Infratest befragte Kapitalisten.

Tarifabschlüsse bei Stahl ...

gibt es jetzt im Tarifbereich Peine-Salzgitter und im Saarland. Während bei Salzgitter der Vertrag sich unterscheidet von NRW-Stahl durch den Wegfall der Lohnerhöhung um 2 Prozent im Juli 1986(!), die kürzere Arbeitszeit jedoch wie in NRW am 1. 10. 1984 beginnt, schloß die IGM im Saarland noch schlechter als in NRW und bei Salzgitter ab. Sowohl auf die 2 Prozent für 1986 wurde verzichtet, wie auch ein späterer Termin für die kürzere Wochenarbeitszeit akzeptiert — statt 1. 10. 84, 38 Stunden erst ab dem 1. 4. 1985. Die Nullrunde von

9 Monaten in NRW wurde durch eine 11-Monats-Nullrunde im Saarland übertroffen — erst ab dem 1. März 1985 erhalten die Stahlarbeiter dort mehr Lohn!!

Kapitalisten kauften mehr Autos ...

in der ersten Jahreshälfte 1984 — stellte dieser Tage das statistische Bundesamt in Flensburg fest. Über 4,4 Prozent mehr Autos als im Vorjahreszeitraum leisteten sich Unternehmer und Selbständige im Zeichen der Wende. Andersrum war es umgekehrt — um über 6 Prozent sank die Zahl der von abhängig Beschäftigten gekauften Autos im ersten Halbjahr 1984 im Vergleich zu 1983.

„Lohn auch bei Aussperrung“

das ist das Ziel eines Gesetzesentwurfs des Hamburger Sozialsenators Ehlers. Im Entwurf heißt es u. a. „Die Pflicht des Arbeitgebers zur

Lohn- und Gehaltsfortzahlung bleibt auch dann erhalten, wenn der Arbeitgeber infolge von Auseinandersetzungen zwischen tariffähigen Parteien in Annahmeverzug gerät.“ Richtig ist die Begründung des Entwurfs, daß die Aussperrung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften untergraben soll, die Existenz von Arbeiterfamilien dadurch bedroht wird. Eine wichtige Aufgabe dürfte es sein, sowohl die Entwicklung dieses Gesetzesentwurfs — der noch nicht vom Senat beschlossen ist — wie auch zum Verbot der Aussperrung — von den Grünen im Bundestag eingebracht — zu verfolgen und beide zu einem Punkt der gewerkschaftlichen und politischen Diskussion und Aktivitäten zu machen.

Blüms nächster Streich ...

nach seinem Anschlag auf die Sozialpläne geht gegen die Schwerbehinderten. Am 5. September verabschiedete das Bundeskabinett eine Neuordnung des Schwerbehindertengesetzes. Die lä-

cherliche Erhöhung der „Freikaufsumme“ — für das Nichtbesetzen von Pflichtplätzen — von 100 Mark auf 150 Mark ist nicht mehr als Tünche über die einschneidenden Veränderungen. Kündigungsschutz soll es zukünftig erst 6 Monate nach Einstellung geben, der Zusatzurlaub soll bei einer 5-Tage-Woche, wie sie heute allgemein üblich ist — um einen Tag auf 5 Tage gekürzt werden, auf Kuren, die gerade Schwerbehinderte häufiger nötig haben, sollen die Schwerbehindertentage angerechnet werden. In einer der nächsten Nummern des Roten Morgen werden wir uns ausführlicher mit diesem Gesetzesentwurf beschäftigen.

Das letzte ...

ist es wohl, was der Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte — ein Herr Kaltenbach — die Tage vorschlug: Angesichts der drohenden Überalterung der deutschen Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten müsse darüber nachgedacht werden, das Rentenalter wieder heraufzusetzen.

Das bedeutet, daß alle Kollegs in NRW, außer dem Institut für Spätaussiedler in Geilenkirchen und dem privaten Kolleg in Bad Driburg, im August gestreikt haben! Für einige war es der erste Streik überhaupt (Münster und OS-Kolleg in Bielefeld). Alle Streiks, außer Minden und dem OS gingen bis Ende August.

Allein das besetzte Dortmunder Kolleg hat auf der VV am 3.9. die Fortführung des Streiks und die Umwandlung in einen unbefristeten Streik mit 280:150 Stimmen beschlossen!

Auslösender Faktor der Streiks war die Streichung des August-Bafögs, 1982 von der Wenderegierung in aller Schnelle durchgepeitscht und dieses Jahr zum ersten Mal praktiziert.

Keine Kohle im August — Keine Schule im August!

Gegen staatlich verordnetes Hungern! Das war der einhellige Tenor dieser Streiks, die von vielen kämpferischen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleitet wurden. Schließlich ist ja am 30.9. Kommunalwahl in NRW, der Zeitpunkt also günstig, der Bevölkerung die unmenschliche Umverteilungspolitik dieser Regierung zu zeigen. Im folgenden ein Streikbericht aus Bielefeld:

Was bedeuten die Bafög-Streichungen für den ZBW?

Sicherlich erst mal einen Monat lang kein Geld. Von 625 Mark und 60 Mark Wohngeld (Höchstsatz) kann man sowieso schon kaum leben. Vor allem alleinstehende Mütter mit Kind, die am Kolleg gar nicht so selten sind. Die meisten von uns haben einige Jahre gearbeitet, d.h. 1500 bis 2000 Mark netto zur Verfügung gehabt. Es ist schon ganz schön schwer, überhaupt mit diesen maximal 685 Mark hinzukommen. Viele müssen da schon in den Ferien arbeiten, um sich nicht noch weiter zu verschulden.

Jetzt fehlt ein Monat. Knapp 700 Mark. Die Kasse zahlt nicht. Entweder Konto überzogen oder den Überziehungskredit bis zum Äußersten beansprucht.

Also — Geld oder Sozialhilfe kriegen wir nicht für August. Also, Geld leihen, Freunde anpumpen. Aber wie zurückzahlen? Von 700 Mark im Monat? Ein Job neben der Schule ist kaum möglich. Von 8 bis 16 Uhr in der Schule, dann lernen, Haushalt, Familie. Die finanzielle Perspektive ist wirklich düster.

Jedoch — es geht nicht nur darum, daß wir einen Monat lang kein Geld haben, daß „staatlich verordnetes Hungern“ angesagt ist. Es geht um wesentlich mehr!

Das Gruselkabinett in Bonn macht ganze Arbeit. Damit Flick und Co. ihre Milliarden vermehren können. Damit die türkischen Folterknechte ihre Armee modernisieren können. Damit Schwarz-Schilling uns alle verkabeln kann. Und, und, und...

Der Sozialabbau trifft die Arbeiter und vor allem die, die noch schlechter dran sind: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner... Da werden Milliarden umverteilt. Den Gürtel enger schnallen, sagen die, denen kein Gürtel mehr paßt, bei denen Hosenträger angesagt sind. Die, die nicht (mehr) brauchbar sind, sprich keinen Mehrwert, keinen Profit erwirtschaften, die können ja sehen, wo sie bleiben, daß sie nicht verhungern. Kapitalistische Logik. Das trifft auch auf den ZBW zu. Der ZBW wird nicht mehr gebraucht. Arbeiter mit Abitur, Bildung für Unterprivilegierte,

Streiks am Zweiten Bildungsweg ZBW:

Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen!

Im August wurde am ZBW in NRW gestreikt. 13 von 15 Kollegs traten in den Streik, in einigen Städten, so in Dortmund, Oberhausen und Köln wurden die Schulen besetzt.

Los ging's am 13. August, Schulanfang, in Dortmund und Essen. Mit großer Mehrheit wurde der Streik beschlossen. Es folgten die Kollegs in Paderborn,

das ist doch sozialistischer Klimbim. Leistung, Selektion, Elite — das ist gefragt.

Die geplante HRG-Novellierung macht das klar:

- Bildung für die Reichen;
- Zurück zur Elite-Uni;
- Prostitution der Wissenschaft an die Industrie.

Das ist die geistig-moralische Erneuerung der Bildungsministerin Wilms. Ich habe gerade einen Zeitungsartikel vom 26.7.84 vor mir liegen. Darin fordert der „Wissenschaftsexperte“ und Bielefelder CDU-MdL Rödding „eine kleine technische Hochschule à la Aachen für die Bielefelder Universität“.

leicht Streichung des Oster- oder Weihnachtsbafög — folgerichtig gehen die Anmeldezahlen für den ZBW zurück! Er ist als Perspektive nicht mehr interessant. Darum geht's bei dieser Streichung.

Uns allen war klar: Der Widerstand muß organisiert werden. Wenn wir uns jetzt nicht wehren, machen die den Laden hier bald dicht.

Der ZBW wehrt sich

Der Anfang wurde letztes Semester in Mainz gemacht. Dort wurde auf dem Bundesringtreff-

Oberhausen und das Westfalen-Kolleg Bielefeld.

Die Woche darauf traten die Kollegiaten in Köln, Wuppertal, Mettingen, Minden und Münster in den Streik. In der letzten Woche schlossen sich die Kollegs in Düsseldorf, Siegen und Neuß an. Dazu kam das Kolleg in Kassel und das Oberstufenkolleg in Bielefeld!

Also, Dienstagabend AStA-Sitzung. Wir hatten inzwischen erfahren, daß gestreikt wird in Dortmund, Essen, Paderborn. Was können wir eigentlich verlieren? Am Schluß sind wir uns einig: Wir schlagen der VV morgen den sofortigen, bis zum 31.8. befristeten Streik vor. Ich wette 'ne Flasche Sekt, daß die VV morgen den Streik beschließt... Am nächsten morgen beschließt die VV trotz unübersehbarer Schwächen in der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung mit großer Mehrheit den Streik. Geschafft! Mit Oberhausen sind schon fünf Kollegs im Streik.

Streikposten. Nur die Lehrer und die 6. Semester, die wegen dem Abi vom Streik ausgenommen sind, dürfen rein, die beiden Streikbrecher müssen unverrichteter Dinge wieder abziehen, im Laufe der Zeit gesellt sich zu den beiden noch ein dritter. Es findet ein 1.-Semester-Treffen statt, auf dem wir noch mal ausführlich die Bafög-Problematik erklären.

Außerdem ist 5.-Semester-Treffen, einige haben Angst um ihr Abi. Das Ergebnis: Der Streik wird von der großen Mehrheit des 5. Semesters toleriert, es gibt keine Streikbrecher. Das Fernsehen kommt, macht



Streiklager am Bielefelder Westfalen-Kolleg

Das wäre ein Gewinn für Wirtschaft und Forschung für Ostwestfalen. Die notwendigen 100 Planstellen können beim Oberstufen-Kolleg und in der Laborschule eingespart werden. Man sieht, das HRG wirft seine Schatten voraus. Technische Hochschule anstatt „sozialdemokratischer Bildungsexperimente“. Den ZBW macht man für den jungen Arbeiter, für den Arbeitslosen unattraktiv.

Die Stagnation des Bafögs (= Bafög-Senkung), die Kürzung bzw. Streichung der Lehrlöhne, der Fahrtkostenzuschüsse, Versuch der Mensa-Schließung am Kolleg in Bielefeld vor zwei Jahren, da ist ja in den letzten Jahren schon einiges gelaufen. Dazu die Oberstufenreform OSR, statt erwachsenenspezifischer Bildung die Anpassung an den ersten Bildungsweg. Oh ja, auch die SPD/NRW spielt dieses Spiel mit, wenn auch mit Abstrichen.

Jetzt noch die Streichung des August-Bafögs. Morgen viel-

fen des ZBW's eine Kampagne für das August-Bafög beschlossen.

Es wurden Aktionstage gemacht, Demonstrationen, vereinzelte Streiks, Besetzungen (Rathaus, Sozialamt Berlin, CDU-Büros Hamburg) usw. In Berlin und Düsseldorf gingen jeweils 1000 Kollegiaten auf die Straße.

Das war ein guter Anfang, es gab gemeinsame Aktionen, Erfahrungsaustausche, in Bayern gab's die erste VV überhaupt, es bildete sich ein Landesring.

Diese ganzen Aktionen waren ein Schritt zum Zusammenschluß vom ZBW. Aber kein Durchbruch. Am Schluß war sogar die Luft raus, die Demo in Bonn am 2.6. war eine Pleite. Die Frage kam auf: War das alles nur ein Strohhalm?

Mitnichten. Schon am ersten Schultag, am 13. August, kamen die ersten Fragen: Was ist denn jetzt mit Streik? Was soll ich diesen Monat denn machen? Keine Knete — keine Schule!

Streikchronik

Montag, 13. August. Schulanfang. Dortmund und Essen treten in den Streik.

Dienstag. Wir erfahren, daß auch Paderborn streikt. AStA-Sitzung: Wir schlagen morgen auf der VV den Streik vor.

Mittwoch. Die Vollversammlung beschließt mit großer Mehrheit den Streik. Wir machen ein Zeltlager, ein Streiklager neben der Schule. Hier leben die ganzen drei Wochen über ca. 30 Kollegiaten, hier werden die Aktionen im Plenum diskutiert, beschlossen und vorbereitet. Es bilden sich Arbeitsgruppen: Recht, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionsgruppe, Kulturgruppe. Dazu eine HRG-Gruppe, wir wollen rausfinden, was bedeutet die Wende für den ZBW. (Das Material der KS ist wirklich gut). Wir erfahren, daß auch das Oberhausen-Kolleg streikt.

Donnerstag. Früh morgens werden drei Türen verschlossen, vor der vierten Tür stehen

Aufnahmen, abends sind wir und ein ziemlich positiver Bericht zwei Minuten lang in der „Aktuellen Stunde“ im WDR zu sehen.

Freitag. Vorbereitung der Info-Stände, Arbeitsgruppen tagen.

Samstag. Info-Stände in der Innenstadt und auf dem Wiesenfest der SPD (10000 Besucher).

Montag, 2. Woche. Wir beschließen den Wahlkampf der CDU zu begleiten. Ein Flugblatt wird gemacht. Wir stellen uns mit Transparenten und FBs vors CDU-Wahlkampfbüro, einige haben Gitarren mit, wir singen Lieder und erklären anhand unserer Situation der Bevölkerung die unmenschliche Politik der Wenderegierung.

Dienstag. Wir ziehen noch mal vors Wahlkampfbüro, brechen die Aktion dann aber ab, es ist wirklich nichts los an diesem Büro, der Aufwand steht im Gegensatz zum Erfolg.

Mittwoch. Eine Delegation

fährt zur VV nach Mettingen, wo der Streik beschlossen wird. Auch Köln tritt in den Streik. Info-Stand in der Innenstadt.

Donnerstag. Delegation nach Wuppertal, das Kolleg ist ebenfalls in den Streik getreten. Auch das Weser-Kolleg in Minden streikt. Allerdings nur einen Tag. Fahrraddemo mit dem Westfalen-Kolleg/Paderborn, die mit dem Fahrrad nach Bielefeld gekommen sind. Anschließend Kundgebung vorm Rathaus. Es spricht unter anderem ein Vertreter der örtlichen GEW, die unseren Streik unterstützt. Der GEW-Sprecher führt u.a. aus, daß sich alle vom Sozialabbau betroffenen Gruppen zusammenschließen müssen und gemeinsam den Kampf führen müssen. Damit der DGB diese neue soziale Bewegung unterstützen seien auch Veränderungen im DGB notwendig! Ca. 150 Kollegiaten beteiligen sich.

Freitag. Delegation nach Münster, wo das Overberg-Kolleg ebenfalls streikt. Info-Nachmittag im Zeltlager für die Anwohner. Es kommen ca. 30 Anwohner, um sich zu informieren und mit uns am Lagerfeuer bis tief in die Nacht hinein zu feiern...

Samstag. Aktionstreffen in Dortmund. Es wird eine gemeinsame Aktion in Bonn beschlossen: Blockade des (Un-)bildungsministeriums am Donnerstag. Außerdem bekommt das Streiklager Samstag nacht um drei Uhr ungebeten Besuch: ca. 10 Nazis drängen mit Heil-Hitler-Rufen auf den Zeltplatz, angesichts des zu erwartenden Widerstands ziehen sie aber schnell wieder ab. Wir nehmen diese Provokation ernst. Helme und Kanthölzer werden besorgt, Leute mobilisiert. Wir beschließen, das Lager auf jeden Fall weiterzuführen! Die VVN schickt Leute, die in den nächsten Nächten im Streiklager schlafen. Sollen die Nazis mal kommen. Die holen sich eine blutige Nase! Düsseldorf und Siegen sind in den Streik getreten.

Dienstag. Besuch des Technologieforums. Nachdem die CDU mit einstündiger Verspätung ihre Veranstaltung im Hinterzimmer durchführen kann, brechen wir unsere Aktion ab. Danach brutaler Polizeieinsatz, zwei Kollegiaten werden festgenommen. (Siehe Bericht an anderer Stelle).

Mittwoch. Die Bonn-Aktion wird vorbereitet, das 6. Semester beschließt mit großer Mehrheit, Donnerstag den Unterricht zu boykottieren und nach Bonn zu fahren. Einige von uns fahren schon abends zum Köln-Kolleg, das an diesem Tag besetzt wird, die Streikfete geht bis tief in die Nacht.

Donnerstag. Mehrere hundert Kollegiaten aus ganz NRW blockieren das Finanzministerium. Bafög her — sonst kriegt ihr keine Ruhe mehr!, schallt es den Beamten entgegen. Schuldnermund Stoltenberg läßt sich natürlich nicht blicken. Anschließend fahren wir alle gemeinsam schwarz. Eine spontane Demo geht bis zum Münsterplatz. Wir erfahren, daß auch das Kolleg in Kassel streikt, außerdem sind die Neuer Kollegiaten auch im Streik.

Freitag. Das Oberstufen-Kolleg in Bielefeld streikt zum ersten Mal, und das in der Woche des 10jährigen Bestehens des OS! Das OS ist eine Einrichtung des ZBW's, die Kollegiaten werden aber nach dem normalen Schülerbafög gefördert, die sind also noch schlechter dran als wir. Ca. 80 OSler machen eine spontane Fahrraddemo in unser Streiklager. Wir essen gemeinsam, Lieder werden gesungen. Abends ist Fête. Ca. 1000 Besucher sorgen für gute Stimmung und etwas Geld in die



Kundgebung vor dem Bielefelder Rathaus nach der gemeinsamen Fahrraddemonstration der Kollegs Bielefeld und Paderborn

Streikkasse. Der geplante gemeinsame Schwarzfahrerbummel mit dem Arbeitslosenzentrum am Samstag fällt leider aus.

Am Montag dann VV. Man merkt, die Luft ist raus. Wir ziehen Bilanz. Am Streik haben ca. 100 (von 400) Kollegiaten aktiv teilgenommen. Das ist weniger als sonst. Wir haben Fehler gemacht. Der wichtigste: Auf der VV, wo der Streik beschlossen wurde, haben wir defensiv argumentiert. Im Vordergrund stand nicht der notwendige gemeinsame Kampf gegen die Rechtsregierung, gegen den Sozialabbau, sondern, daß wir den Kollegiaten die Möglichkeit geben wollten, zu arbeiten, Geld zu verdienen. Das führte wirklich dazu, daß viele sich noch schnell einen Job besorgten. Und am Streik nicht teilnahmen. Viele haben mit diesem Streik ihren individuellen Protest ausgedrückt, die Verweigerung, zur Schule zu gehen, wenn kein Geld kommt. Unser Ziel kann aber nicht die Verweigerung des einzelnen sondern nur der gemeinsame Kampf sein.

Außerdem war der Streik nicht genügend vorbereitet, das erste Semester nicht ausführlich informiert, das 6. Semester wurde erst am Schluß in den Streik einbezogen.

Trotz dieser Schwierigkeiten und Fehler war der Streik richtig und notwendig. Der Kampf geht weiter. Auch wenn der Streik abgebrochen wird, unsere Forderungen sind noch nicht erfüllt.

Deshalb der Vorschlag an die VV:

1. Der Streik wird abgebrochen.
2. Das Bafög-Plenum wird wieder ins Leben berufen.
3. Wir machen weiterhin Aktionen.
4. Wir begleiten weiterhin den Kommunalwahlkampf

der Regierungsparteien. Die VV beschließt den Streikabbruch.

Am Mittwoch tagt das Bafög-Plenum. Einstimmig wird festgestellt, daß es politisch richtig und notwendig gewesen wäre, den Streik weiterzuführen. Es kommt jetzt darauf an, eine ausführliche Streiknachbereitung zu machen, die Kollegiaten zu den Aktionen zu mobilisieren und die Streikbereitschaft wiederherzustellen. Es wird ein Flugblatt erstellt, die ersten Semesterplanungen laufen jetzt an.

Erfahrungen im Streik

Das war schon eine gute Erfahrung, drei Wochen zusammen leben, diskutieren, planen, beschließen, Aktionen machen. Eine ganz neue Situation. Wir lernen und kennen, verstehen, ein gemeinsames Gefühl entsteht, Vorurteile, Vorbehalte werden ausgeräumt, eine offene Atmosphäre entsteht. Ein winziges Stück Sozialismus? Vielleicht. Sicher ein paar Wochen, wo das Gemeinsame im Vordergrund steht.

Die Reaktion der Bevölkerung. Neben der erwarteten Reaktion — geht doch arbeiten — gibt es auch die Solidarität. Anwohner, Besucher spenden Geld, ein Kuchen wird vorbeigebracht, Kisten Mineralwasser, viele unterschreiben unsere Forderungen. Nachbarn erzählen von ihren Problemen. Im Betrieb, mit den Ämtern, mit der Ausländerfeindlichkeit. Wir merken konkret, daß wir nicht allein betroffen sind.

Die Lehrer. Wenige unterstützen den Streik. Die sind nicht direkt betroffen. Ein Brief an das Bildungsministerium wird geschrieben, in dem es heißt, daß die Lehrer zwar un-

sere Maßnahme (Streik) nicht unbedingt gutheißen, aber dazu auch keine Alternative sehen. Der Angriff von Roche hat seine Wirkung. Trotz der 370 Mark Spende sind wir von den Lehrern doch enttäuscht. Haben wir überhaupt etwas erreicht? Offensichtlich ist was in Bewegung gekommen. Daweke, CDU-Bildungsexperte, hat in Essen angekündigt, daß nächstes Jahr das August-Bafög wieder gezahlt wird. Das Bildungsministerium will unsere Forderung unterstützen, jedoch sperre sich Stoltenberg.

Wir glauben jedenfalls erst mal nichts, nicht bevor das Geld auf dem Konto ist! Zu oft sind wir hingehalten und getäuscht worden.

Die Rolle der SPD

Die SPD unterstützt uns scheinbar. Der xte Gesetzentwurf wird bestimmt kommen. Aber wie sieht es konkret aus? In NRW ist ein Topf fürs Schüler-Bafög von 76 Millionen Mark vorhanden. Der ZBW braucht ca. 2 Millionen fürs August-Bafög. Kultusminister Schiewer erklärte uns dazu sinngemäß, daß sie nicht zahlen, was die Regierung verbockt hat. Schließlich hätten wir ja diese Bundesregierung gewählt und müßten das jetzt ausbaden. Außerdem sei der Topf nicht so groß, da seien dieses Jahr nur 10 Millionen drin, nächstes Jahr 30 Millionen. Es ist offensichtlich. Die SPD/NRW kann zahlen. Benutzt uns aber als Wahlkampfmunition. Unsere Lage interessiert die Herren nicht, der Zweite Bildungsweg ist denen egal. Aber zum Wahlkampf kommen wir für die SPD gerade recht.

Die Grünen unterstützen uns voll. Die Bunte Liste in Bielefeld hat den Antrag an den Rat der Stadt gestellt, daß die Stadt die Kosten fürs Wohnheim für ei-

nen Monat übernimmt. Allerdings beschränken sich die Grünen (noch) auf Anträge im Parlament und Erklärungen in der Presse, beim Streik spielten die Grünen keine Rolle.

Der MSB. Es gibt an der Schule eine relativ starke (zahlenmäßig) MSB-Gruppe. Sicherlich haben einzelne MSB-Genossen an einigen Aktivitäten teilgenommen. Insgesamt hat der MSB sich jedoch aus dem Streik herausgehalten, nicht ein MSBler hat im Streiklager gewohnt, vom MSB kamen keinerlei Impulse. Er hat keine Rolle gespielt. Daran ändert auch die Solidaritätserklärung und die kleine Spende der DKP nichts.

Zum Abschluß: Wir standen mit unserem Streik ziemlich allein.

Der Uni-AStA, die Bezirks-schülervertretung, andere Schulen (außer OS) haben keinerlei Aktivitäten entwickelt.

Der DGB, außer der GEW, hat sich überhaupt nicht geäußert, jedenfalls in Bielefeld.

Wir haben versucht, andere vom Sozialabbau betroffene Gruppen anzusprechen. Inzwischen besteht guter Kontakt zum Arbeitslosenzentrum, gemeinsame Aktionen sind geplant.

Vielleicht war dieser Streik ein Signal. Vielleicht rührt sich bald mehr. Es ist an der Zeit, in die Offensive zu gehen. Im Betrieb, in der Schule, an der Uni, alle vom Sozialabbau Betroffenen. Sonst frißt uns diese Wende.

Dieser Streik, der Streik einer kleinen Gruppe, hat ganz schön viel Staub aufgewirbelt. Das hatten die Herrschenden nicht erwartet.

Was wird erst passieren, wenn wir alle uns wehren? In diesem Sinne mit revolutionären Grüßen Jürgen

Polizeieinsatz gegen Kollegiaten:

Proteste beim CDU-Technologieforum

Am 28. 8. sollte das CDU-Technologie-Forum in Bielefeld sein. Mit viel Prominenz: u. a. CDU-Bildungsexperte Daweke, MdB und CDU-Wissenschaftsexperte Rödding, MdB. Thema: Neue Technologien — Anforderungen an Schule und Weiterbildung.

Aha, ideologische Vorbereitung des HRG im Rahmen der geistig-moralischen Erneuerung. Wir, die streikenden Kollegiaten vom Westfalen-Kolleg und vom Oberstufen-Kolleg fühlten uns direkt eingeladen. Mit ca. 30 Leuten zogen wir los, gespannt und guter Dinge. Dann lange Gesichter bei uns. Nix los. Knapp 30 Besucher waren gekommen. Eine Riesenblamage für die CDU. Bei der Prominenz. Und dann die einzige politische Veranstaltung im August im Rahmen des Kommunalwahlkampfes. Bei der SPD am Freitag waren 300.

CDU-Rödding entblödete sich nicht, zu betonen, daß er sich freue, daß trotz des guten Wetters so viele gekommen seien. Naja. Rödding stellte Daweke vor. Das ist der Typ, der uns vor zwei Jahren erzählt hat, die Bafög-Streichungen hätten die Politiker in Unkenntnis der Lage vorgenommen. Vielleicht haben da ja einige Leute geglaubt, die Politiker wären wirklich zu blöd gewesen. Im Mai dieses Jahres haben die Fraktionen von CDU und FDP einstimmig die Streichungen bekräftigt. Von wegen, Unkenntnis der Lage!

Kurz: Als Daweke losblubberte, waren wir total begeistert. Schon seine ersten Worte gingen im tosenden Beifall unter. Stehende Ovationen. Soviel Beifall hat der noch nie gekriegt. 15 Minuten lang. Dann hat jemand um Ruhe. Er sei von der SPD, er habe Verständnis für unsere Lage und mache den Vorschlag, eine halbe Stunde über unsere Problematik zu diskutieren, danach solle man mit der Veranstaltung beginnen. CDU-Röd-

ding: Wir diskutieren nicht mit einer terroristischen Vereinigung! Ihr könnt euch vorstellen, liebe Leser, daß uns das wieder zu stürmischem Beifall animierte. Wieder so 15 Minuten lang. Dann stand das Mikro so rum. Niemand ging dran. Bis sich schließlich ein Kollegiat bequeme, unsere Aktion zu erklären. Jedoch — die CDU ist ja nicht dumm. Irgendein helles Köpfchen drehte ziemlich schnell den Strom ab. Naja, wieder Beifall, so 'ne richtige Session kam zustande, so im Takt und so. Nach einer Stunde verließ die CDU dann den Saal, empört zogen sich die Herren ins Hinterzimmer zurück.

Wir brechen unsere Aktion ab und verlassen das Gebäude. Dann kommt die Rache der CDU. Draußen erwartet uns die Polizei. Obwohl überhaupt kein Einsatzgrund vorliegt, versuchen die Bullen willkürlich einzelne rauszugreifen. Ein Kollegiat wird geschlagen, zu Boden geworfen, getreten, in Handschellen gelegt. Noch ein Kollegiat wird verhaftet.

Ohne Begründung das alles. Zur Feststellung der Personallisten, heißt es lapidar. Man verweigert uns die Namen, Dienstnummern und Dienstgrade des Einsatzleiters und der Schläger...

Tja, so ist das. Wenn die CDU ruft, schlagen die Bullen. Aber auch dieser brutale Polizeieinsatz, der durch nichts zu rechtfertigen ist, kann die Blamage der CDU nicht verhindern. Wann kommt die Zeit, wo die CDU überall, samt Regierung, gezwungen ist, sich ins Hinterzimmer zurückzuziehen!?

zügig Zurück zur Elite-Uni

Immer mehr ewige Studenten!

Studieren mit 40000,- DM Schulden? — Wissenschaftsbund fordert Studiengebühren

Die Ewigen Studenten

Leistung und Effizienz

Begabtenförderung wird erprobt

Kooperation soll Lücken schließen

Kommunistische Studenten

Immer mehr ewige Studenten!

Studieren mit 40000,- DM Schulden?

Wissenschaftsbund fordert Studiengebühren

Die Ewigen Studenten

Leistung und Effizienz

Begabtenförderung wird erprobt

Kooperation soll Lücken schließen

Kommunistische Studenten

Diese Broschüre gibt auf 44 Seiten die Stellungnahme der Kommunistischen Studenten zur Gegenreform an den Universitäten wieder; ausführlich und gut dokumentiert wird sowohl ein Abriss der bisherigen Universitätspolitik gegeben als auch die heutigen Pläne und Forderungen dargestellt; zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30, Preis 3,— DM.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Strauß-Besuch (1)

Liebe Genossen,
eigentlich wollte ich aus eurem Kommentar zum von Strauß vermittelten Milliardenkredit an die DDR zitieren. Leider habe ich diesen Roten Morgen nicht mehr.

Strauß in Albanien — eine Stellungnahme zu dieser Sauererei hätte ich schon erwartet. Falls ihr das aus diplomatischen Gründen nicht gemacht habt, schlage ich euch vor, wenigstens ein Telefoninterview mit dem albanischen Botschafter in Österreich zu machen.

Ein kommentarlos Abdruck dieses Interviews wird sicher auch Bände sprechen.
A. B., Leverkusen

Strauß-Besuch (2)

Liebe RM-Redakteure!
Ich möchte gerne wissen, wie die KPD den Strauß-Besuch in Albanien einschätzt?
M., Hamburg

Strauß-Besuch (3)

Liebe Genossen Redakteure!
Als einigermaßen geübter Leser pflege ich nicht nur dem Bedeutung beizumessen, was eine Zeitung schreibt, sondern versuche auch zu registrieren, worüber nicht berichtet wird. In der letzten Woche nun mußte ich enttäuscht feststellen, daß der RM auf ein Ereignis nicht einging, das nicht nur in linken Kreisen, aber eben auch dort, Überraschung auslöste: der Besuch von F. J. Strauß in Albanien.

Gewiß sollte man nicht den ins Kraut schießenden Spekulationen und Gerüchten weitere hinzufügen. Aber wir sollten gerade als Kommunisten durchaus, ohne den albanischen Genossen unsolidarisch gegenüberzutreten, in aller Freundschaft deutlich machen, warum wir diesen politischen Vorgang sehr kritisch sehen müssen, was immer die tieferen Hintergründe und die Beweggründe der Albaner sein mögen.

Zunächst ist es dem Ansehen Albanien unter der deutschen Bevölkerung mit Sicherheit nicht förderlich, wenn einer der meistgehassten Politiker der westlichen Welt, der Fürsprecher der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des westdeutschen Imperialismus dort seinen Urlaub verbringen darf und zu politischen Gesprächen empfangen wird. Es leuchtet mir nicht ein, daß die albanische Diplomatie in ihrem legitimen Bemühen, normale zwischenstaatliche Beziehungen zur BRD herzustellen, ausgerechnet auf diesen Politiker angewiesen sein soll.

Weiterhin beunruhigt mich die Tatsache, daß die reaktionäre Presse, allen voran die „Bild“-Zeitung aus dem Besuch Kapital schlägt und die durch viele Enthüllungen und Skandale arg ramponierte Figur von Strauß wieder mit der Glorie des fähigen Politikers umgibt. Strauß als der „Allerweltserker“, der sich in allen Winkelzügen der Politik auskennt, der sogar mit den „Stalinisten“ zu verhandeln versteht, die sonst angeblich nicht mit sich reden lassen. „Ist er nicht jemand, der mit seinen Fähigkeiten und seiner Tatkraft den nötigen Schwung in das schlappe Bonner Kabinett bringen kann“, wird suggeriert. Strauß sammelt Punkte für seine Rückkehr nach Bonn, das steht seit langem fest. Daß ausgerechnet die Albanen ihm beim Punktesammeln helfen, ist für mich, der sich seit Jahren im Rahmen der Volksfront bemüht, dem Griff zur Macht des F. J. Strauß und seiner Hintermänner entgegenzuwirken, voll bitterer Ironie.

Liebe Genossen! Ich möchte euch bitten, diesen Leserbrief abzu- und damit deutlich zu machen, daß der RM eine Zeitung ist, die auch dort kritisch berichtet, wo dies unbequem und schmerzhaft ist. Mit revolutionären Grüßen
H. J. S., Bremen

Strauß-Besuch (4)

Und er kommt zu dem Ergebnis: „Nur ein Traum war das Erlebnis. Weil“, so schließt er messerscharf, „nicht sein kann, was nicht sein darf.“

Daß die RM-Redaktion so denkt, muß ein Leser des RM eigentlich glauben, nachdem er durch Presse, Funk und Fernsehen von der Reise des F. J. S. nach Albanien informiert wurde.

Kein Wort, keine Nachricht, kei-

ne Stellungnahme in der Zeitung, die doch so oft und gern behauptet: „Der Rote Morgen gibt die Wahrheit wieder“. Kein Wort in der Zeitung, von der man annehmen kann, daß sie „Experten“ in Sachen Franz Josef Strauß, seinen Absichten, seiner Politik ist, kein Wort in der Zeitung, die sich Albanien so verpflichtet fühlt, die das dortige sozialistische System oft lobend darstellt, die jährlich Grußtelegramme an die „Partei der Arbeit Albanien mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze“ abdruckt, worin die brüderliche Verbundenheit und die große Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen betont wird.

Die Nichtexistenz des Strauß-Besuches in Tirana ist nicht die Folge eines „Vergessens“ der Redaktion. Soetwas wird besprochen und findet nicht statt ohne Segen der Parteiführung. Darum geht diese Kritik auch an den Herausgeber des RM, das ZK.

Der RM ist die Zeitung der KPD, die sich vor allem an die Leute „außen“ richtet, an Leute, die sich für die Politik und die Linie der Kommunisten interessieren. Was sollen die denn denken, wenn so eine Geschichte einfach totgeschwiegen wird? „Haben die Angst? Oder dürfen die kein kritisches Wort über jemanden verlieren, der in Tirana offensichtlich doch ziemlich offiziell empfangen wurde, wie zurückgekehrte Albanien-Reisende berichteten. Oder trauen die sich — wenn sie's nicht gut finden — kein kritisches Wort zu, weil ein Freund — Albanien oder die PAA — kritisiert werden könnte? Oder steckt gar mehr dahinter?“

Fragen, die die Nichtberichterstattung des RM eher fördert, als daß sie durch das Totschweigen eines in den Medien breit angelegten Ereignisses widerlegt werden. Denn wie oben dargelegt, gilt der RM eben als Experte in Sachen Strauß, wie in Sachen Albanien und dann dieses Nichts...

Noch eines: In der letzten Zeit hat in der KPD, auch im Roten Morgen eigentlich ein ganz positiver Prozeß stattgefunden. Die praktische Überwindung dogmatischer und sektiererischer Formen innerhalb des Parteilebens, durch breite Diskussion innerhalb der Partei, im RM z. B. durch die Leserbriefseite. Innerhalb der KPD ist man sehr intensiv bemüht, gerade die Fehler, die Fehlentwicklungen zu kritisieren und zu vermeiden, die vielfach den verbreiteten Antikommunismus begünstigt haben. Dazu gehört sicherlich auch die Ansicht, daß in kommunistischen Presseorganen überhaupt nur das stattfindet, was der Partei in den Kram paßt.

Jedermann kennt doch Fälle, wo überall über bestimmte Ereignisse geredet, diskutiert wurde, wo Zeitungen wie die „UZ“ oder das „Neue Deutschland“ einfach geschwiegen haben, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Unterscheiden wir uns da in den Augen unserer Leser unseres „Umfeldes“, wie es so schön heißt, wenn wir keine Meinung zu einem Fakt haben, den jedermann kennt? Und: daß wir keine Meinung dazu haben, glaubt uns sowieso niemand, nur, irgendwie wird diese Meinung nicht passen, in unser Weltbild nicht, oder in die so oft beschworene Freundschaft und Übereinstimmung zu Albanien — also wird der Fakt einfach eliminiert — der Strauß-Besuch findet in der Presse der KPD nicht statt — also braucht man sich nicht zu äußern. Wer im Ernst meint, mit einer solchen Haltung irgendjemanden von unserer Politik überzeugen zu können, der ist aber schief gewickelt. So eine Haltung verstärkt doch nur den Ruf, den wir unbedingt widerlegen müssen, daß nämlich Kommunisten eher an Parteidogmen und Prinzipien glauben als an die Wirklichkeit.

Hätte der Rote Morgen — und natürlich der Herausgeber den Mut gehabt, den Strauß-Besuch zu vermelden, aus der relativ genauen Kenntnis der Situation Albanien heraus mögliche Gründe zu erläutern und natürlich auf unsere Bedenken gegenüber Strauß und seinen Absichten einzugehen, die den Albanern bestimmt nicht unbekannt sind, so hätten wir den Beweis geliefert, daß wir auch in diesem Falle — dem Besuch unseres Feindes bei einem unserer Freunde — unseren eigenen Kopf gebrauchen können. Den Beweis ist der RM seinen Lesern in

und außerhalb der Partei schuldig geblieben.

Schade, wenn soetwas Praxis im Roten Morgen wird, kann leicht ein schwarzer Tag daraus werden. Ziemlich wütend und sauer M. B., Bochum
P. S.: Im übrigen ist mir der Strauß-Besuch samt allen Spekulationen drum herum ziemlich schnuppe; nicht aber unsere Partei und ihre Zeitung!

Redaktionsnotiz:

Der RM hat zum Strauß-Besuch nicht Stellung genommen, weil uns die genauen Beweggründe, warum die albanischen Genossen Strauß empfangen haben, nicht bekannt sind.

Nur ein Anfang

Betr.: Leserbrief des Genossen Dubinsky, RM 35/84

Liebe Genossen,
es ist kein Zufall, jedesmal bei der Beschäftigung mit der Geschichte der UdSSR — sei es mit ökonomischen oder parteipolitischen Fragen der KPdSU (B) — rückt J. Stalin in den Mittelpunkt der Thematik. Da sind zuerst die bürgerlichen „Sozialismuskritiken“ oder „Anschauungen“, dann die von Stalin selbst. (Es ist überflüssig, sich mit ersteren auseinanderzusetzen.)

Lesen wir die Schriften Stalins, so baut sich der Eindruck auf, alles sei doch so logisch gewesen — die ganze Politik der KPdSU (B) ist ein gerader Weg (jedenfalls ab Lenin). Ein Blick hinter die Kulissen genügt vollkommen, um das in Zweifel zu ziehen. Vom Zentralkomitee der KPR (B) 1917 (also mit W.I. Lenin an der Spitze) war 1938 nur noch Stalin selbst übrig. Alle anderen wurden erst durch ihn kooptiert. Natürlich gab es auch Genossen wie z. B. Uritski, die von der Konterrevolution ermordet wurden. Das ist aber nicht die Frage. Die zieht das hier in Betracht: Der größte Teil des ZK wurde hingerichtet — durch die Fraktion Stalin in der Partei.

In dem so „schönen“ und subjektivistischen Buch „Der Block der Rechten und Trotzkisten...“ wird das „wunderbar“ erklärt. Nur die Übelkeit und der Brechreiz bleibt dann doch über. Da wollten doch alle Mitglieder des Leninschen ZK den „großen Stalin“ umbringen. Sie wurden vorher hingerichtet — wie schön (böse Menschen!). Daß Revisionisten wie Chruschtschow und Bürokraten wie Berija auch erst durch Stalin ins ZK kamen, wissen wir ja. Zur Chruschtschow ist hier kurz zu sagen, daß Stalin selbst angeblich ihn beschuldigte, er wolle die SU an den Imperialismus verkaufen, wenn „der Alte“ erst tot sei. So zu lesen bei Enver Hoxha („Die Chruschtschowianer“). Die Frage ist: Warum hat er dann nicht den Glatzköpfigen ausschließen lassen? Seltsam!

Genosse Harry Dubinsky sagt, nach dem Nichtangriffspakt zwischen SU und Nazi-Deutschland seien Kommunisten, Juden usw., die in der SU lebten von dieser an die SS ausgeliefert worden. Zuerst, es ist gut, daß Gen. Dubinsky diese Frage anspricht. Eine Kritik wirft sich aber auf.

(1. Harry, warum wirfst Du die Frage jetzt auf, und auf was willst Du konkret hinaus?)

2. Die Feststellung allein reicht da doch nicht, jeder sollte doch die Hintergründe wissen. Ich kann hier nur Gegenfragen zur Diskussion stellen.

A. Welche ökonomische Entwicklung führt zu einer solchen SU-Politik?

B. Wo lag der Fehler der Komintern in der Frage der Verhinderung der Machtergreifung der Faschisten in Deutschland, und die Taktik des KPD dazu? (Sozialfaschismusthese Stalins!)

C. Wann begann der Revisionismus der KPdSU (B)?

Unser jetziges Bewußtsein ist mit dem positiven Wunsch nach Kampf gegen jegliche Form bürgerlicher Autorität verbunden. Die Freiheit der Kritik ist m. E. ein Grundelement der sozialistischen Ordnung, ohnedie es ja keine Auseinandersetzung geben kann. Weil und insofern das so ist, sind wir gezwungen, und sollten das wollen, Kritik zuzulassen und damit Debatten, die den Fortschritt dienen, den Rücken stärken.

Im Hinblick auf die fortzusetzende Parteidebatte ist das sehr wichtig, das nennt sich auch proletarische Demokratie.

Genossen, im ökonomischen Bereich der SU stellt sich noch zur Diskussion, warum es zu einer solchen Politik der KPdSU (B) kam. Damit versuche ich selbst auf die von mir aufgeworfene „Frage A“ einzugehen.

W.I. Lenin sagt auf einem Parteitag der KPR (B), (ich glaube, dem von 1919), es war in der SU eine noch nie dagewesene Situation eingetreten. Das Proletariat war im Besitz der politischen Macht, ebenso gab es aber eine Form des Staatskapitalismus. Angesichts der unterentwickelten russischen wirtschaftlichen Verhältnisse waren die Aufgaben, die vor dem zahlenmäßig kleinen Proletariat standen, gigantisch. Viele Genossen wollten dem äußeren und inneren Druck nachgeben, aber die Möglichkeit des Sieges der Weltrevolution stand direkt vor der Tür. Lenin wies darauf hin, daß es zu Aufständen in anderen höher entwickelten Kapitalismen kommen könne. Von da an sieht der Betrachter einem Teil der Schärfe der Schlagerie in der KPR (B) über die Frage: „Wie nun weiter?“ Schließlich ließ sich die KPR (B) leider eine Dogmatisierung der marxistischen Gesellschaftstheorie aufzwingen, aus der dann die entsetzlichen Folgen resultierten, die zu den Wurzeln der heutigen SU werden sollten. Stalins Person hat einen gewichtigen Anteil an dieser blöden Entwicklung. Es wäre aber falsch, sie nur auf ihn zurückzuführen, oder gar denen zu glauben, die noch 1952 Stalin als „Inspirator aller unserer Siege“ und „gigantische Sonne der Epoche“ gelobhudelet und beweihräuchert haben, und schon dadurch klargemacht haben, daß ihnen die dialektische Geschichtsauffassung nichts bedeutete.

Genosse Dubinsky erklärt zum Schluß „die Geschichte hat noch mehr solcher Fälle zu bieten“. Es gibt diese Punkte, anhand derer wir deutlich machen können, daß Stalin von seiner Theoretikerrolle überhaupt keine Ahnung hatte. Was waren das nur für Marxisten — es ist doch nicht zu glauben! Auch ein Mao-Tsetung (Ping-Pong) hatte von diesen Dingen keine Ahnung, daraus resultiert ja auch die „20-Parteitags-Theorie“, die selbst die Albaner heute noch vertreten.

Unsere Partei muß den Müll endlich auf den Schutt knallen und aufräumen — sie braucht den Mut, „den Mut zur Wahrheit“ (H. D.) dazu. Der gute Beitrag des Genossen Harry Dubinsky ist da nur der Anfang.

A. S., Bielefeld

Harrys Fehlgriff

Liebe Genossen,
„Thälmanns tragischer Tod hatte Hintergründe, die in Moskau zu suchen sind“, so Genosse Harry Dubinsky in seinem Leserbrief an den RM 35/84.

Gerade von ihm hätte ich mir ja nun eine Würdigung von Thälmanns Leben und Werk erwartet, die nicht in diese dubiose Behauptung mündet.

Ja, diese Behauptung ist die bisher schärfste Kritik an der Politik der Sowjetunion dieser Zeit, die der Rote Morgen unter die Leute streut. Aber das ist zweitrangig. Wichtiger ist, ob diese Äußerung belegt, begründet und zutreffend ist.

Ich respektiere, wenn Harry eigene Erfahrungen und tatsächliche Fehler und Schwächen der damaligen Sowjetunion zum Anlaß nimmt, sich kritisch damit auseinanderzusetzen.

Die oben geäußerte Behauptung ist jedoch mehr als spekulativ.

1. Durch nichts ist belegt, daß die faschistische deutsche Regierung 1939 tatsächlich zu einem Austausch Thälmanns bereit war, daß solch ein Austausch überhaupt Gegenstand von Überlegungen oder Gesprächen war. Nicht einmal reaktionäre Historiker wie Sebastian Haffner, stellen solche Behauptungen auf, Leute, die sich mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen beschäftigten, nur um den Stalinismus zu kritisieren. Alle sonstigen Äußerungen zu diesem Thema belegen nur, daß ihre Urheber nichts wissen. Da bilden auch die werten Schreiberlinge von BILD keine Ausnahme. Thälmann wird von der Bourgeoisie als einfältiger Mitläufer Stalins abqualifiziert. Gleichzeitig werden um seinen Tod dunkle Hintertreppengeschichten gesponnen, um von den Verbre-

chen seiner Mörder abzulenken. Das hat Methode, davon sollten wir unsere Finger lassen.

2. Unterstellt, der von Harry angesprochene Austausch Thälmanns hätte tatsächlich stattfinden können, wie hoch wäre der Preis gewesen? Wie sehr hätte ein solcher Austausch vielleicht der KPD und vielen ihrer Mitglieder in den Konzentrationslagern geschadet? Das sind offene Fragen ohne heute mögliche Antworten. Sicherlich kann das aber kein Anlaß zur obigen Behauptung sein.

Wirkliche Antworten verspreche ich mir eher aus bisher unveröffentlichten Akten des Kreml als von testamentarischen Histörchen eines Herbert Wehner.

3. An Pieck, vor allem aber an Ulbricht und Wehner gibt es sicher einiges zu kritisieren. Einen freiwilligen Verzicht auf Thälmanns Freilassung sollte man ihnen jedoch nicht unterstellen. Es gibt noch nicht mal Hinweise darauf, daß diese führenden Mitglieder der KPD und KI tatsächlich über einzelne Inhalte der Gespräche zwischen der deutschen und sowjetischen Regierung informiert waren.

Sollte es der Genosse Harry besser wissen, dann bitte auf den Tisch mit den Fakten.

Heute ist es in unserer Partei möglich, offen und frei über solche Fragen zu diskutieren. Das ist gut und es besteht auch ein gewisser Nachholbedarf.

Dies darf uns jedoch nicht dazu

verführen nun in der gleichen Einfaltigkeit fortzufahren und einfach alle wüsten antikommunistischen Geschichtslügen neu aufzuwärmen.

Mir ist da zum Beispiel zehnmal lieber, was der „Arbeiterkampf“ des KB macht, der einen Versuch gestartet hat, die Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs in einer Artikelserie zu behandeln, bisher ohne vergleichbare Angriffe auf die Politik der Sowjetunion.

So hätte der RM ruhig mal die augenblickliche öffentliche Debatte um die Ergebnisse von Jalta aufgreifen können. Auch hier vermisste ich eine positive Auseinandersetzung mit der Politik der SU, stattdessen nur dunkle Anspielungen, wo man überall verschiedener Meinung sein kann.

Solch eine versteckte Demontage Stalins lehne ich ab. Tatsächliche Fehler soll man benennen, damit man daraus lernen kann. Ansonsten stünde es dem RM an, von Zeit zu Zeit auch mal wieder positive Ereignisse und Aktivitäten der damaligen Sowjetunion aufzugreifen, wenn die aktuellen Bezüge es lohnend machen.

An Harry Dubinsky habe ich noch die Frage, ob er sich denn wohl dabei fühlt, ausgerechnet einen Leserbrief über Thälmann zum Anlaß zu nehmen, seine kritischen Bemerkungen zur Sowjetunion loszuwerfen. Thälmann war sich gewiß: „Stalin bricht Hitler das Genick“. Mit freundlichen Grüßen
B. S. Tübingen



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingofer Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

KJD

Mädchenseminar der KJD: „Wer glaubt, daß Mädchen dümmen sind ... der spinnt, der spinnt“
Wochenende 22. und 23. September
im Raum Westfalen
Anmeldung und Auskunft im zentralen Büro

KJD

Aktionstage Manöverbehinderung in Hildesheim und Umgebung
15. - 22. September
In diesen Tagen organisiert die KJD ein eigenes Camp im Manövergebiet. Interessenten melden sich bitte im zentralen Büro.

KS-Seminar

Ein Seminar der Kommunistischen Studenten zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes.
Am Wochenende des 22./23. September ab Samstag 10 Uhr.
In Bielefeld, Westfalen-Kolleg.



Generalmajor David Thorne Gestern im Falkland-Krieg Heute bei „Lion heart“ — Und morgen?

Einer der britischen Kommandeure beim Herbstmanöver „Lion heart“ im Raum Hildesheim heißt Generalmajor Sir David Thorne, bis vor zwei Jahren nur Generalmajor David Thorne — ohne „Sir“.

Zum blaublütigen Adligen avancierte der Mann durch Mord. Die Opfer: britische und argentinische Soldaten im Falkland-Krieg. Nachdem das blutige Gemetzel im Interesse der britischen Imperialisten beendet war, wurde Thorne für seine „erfolgreichen Feldzüge“ in diesem Krieg von der Queen zum Sir ernannt.

Aber Thorne ist bei diesem



Manöver bei weitem nicht der einzige, der bereits praktisch unter Beweis gestellt hat, daß Manöver keineswegs „Spiel“ sind, sondern den ganz praktischen Zweck haben, den nächsten Krieg, das Morden von morgen, vorzubereiten. Dazu gehören auch all die britischen Militärs, die seit Jahr und Tag auf dem „Schlachtfeld Irland“ die Befehle geben.

Übrigens: die „eiserne Lady“ Britanniens, von britischen Bergarbeitern „die Hexe“ genannt, wird es sich nicht nehmen lassen, selbst zu begutachten, ob die Rheinarmee auf der Höhe der hochfliegenden britischen Großmachtpläne ist...

Bauernproteste gegen Herbstmanöver

Es ist keineswegs nur die Friedensbewegung, die gegen die Herbstmanöver in diesem Jahr protestiert. Aus gutem Grund. Denn für viele Bauern sind die Herbst- und Frühjahrsmanöver der NATO wahre Alpträume: plattgewalzte Ernten, auf Jahre hinaus zerstörte Böden und immer neuer Kampf um finanzielle Entschädigungen. Und dazu — wenn man Pech hat — plötzlich bedrohlich auftretende Soldaten auf dem eigenen Hof.

Als ein Beispiel für die Stimmung unter den niedersächsischen Bauern vor dem diesjährigen Herbstmanöver sei hier ein Schreiben von zwei Landvolk-kreisverbänden aus dem Raum Hildesheim an den niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff zitiert:

„Mit wachsender Sorge verfolgen wir die Meldungen über das größte Manöver der Nachkriegszeit. Danach soll das britische Herbstmanöver „Spearpoint“ in der Zeit vom 3.9. bis 5.10.1984 durchgeführt werden. Nach uns vorliegenden Informationen soll der Kreis Hildesheim, also das Kreisverbandsgebiet der Kreislandvolkverbände Alsfeld und Hildesheim Marienburg, im Mittelpunkt der Kampfhandlungen stehen. Die Auswirkungen der wesentlich kleineren Manöver der Vergangenheit lassen für den Herbst 1984 Schlimmes erwarten. Entsprechend groß ist die Sorge und Unruhe unter unseren Mitgliedern. Es werden teilweise harte Maßnahmen gefordert, unsere Eingaben an unterschiedliche Stellen und von den Briten durchgeführte Informa-

tionsveranstaltungen für zwecklos gehalten, da gegebene Zusagen nicht eingehalten werden...

Die Tatsache, daß auch in diesem Jahr der Kreis Hildesheim Zentrum der Kampfhandlungen sein wird, bestätigt unsere damalige Aussage, daß unser Gebiet in jedem Jahr besonders stark durch Manöver betroffen ist. Dies veranschaulicht eine Zahl: im Bereich Bockenem wurde ein Betriebsleiter in 20 Jahren seiner Unternehmertätigkeit von 21 Manövern betroffen.

„Wir müssen mit Aktionen der schlimmsten Chaoten und Kommunisten während des Manövers rechnen. Ich befürchte, daß sich dazu noch unsere Landwirte gesellen...“

Michael Schöne, Oberkreisdirektor von Hildesheim

Wir wiederholen unsere Forderung, die Belastung besser zu verteilen. Außerdem wiederholen wir unsere Forderung, zur Zeit des Manövers noch nicht

Was? Wann? Wo?

Hildesheim

Die Aktivitäten im Raum Hildesheim beginnen am 19.9. mit verschiedenen Camps. (Nähere Informationen dazu im Manöver Info 2, zu bestellen bei: Büro „Störmanöver“, Edenstr. 38, 3000 Hannover, Tel.: (0511) 663435

Am 22.9.84 sind alle Norddeutschen aufgerufen, am gemeinsamen Protest gegen die Manöver teilzunehmen. Drei Anlauforte sind vorgesehen: Raststätte Wülferode an der A7 von Hamburg; Autobahnausfahrt Bockenem, ebenfalls an der A7 südlich von Hildesheim; Bahnhof Schellerten-Gardoizen. Die KPD wird am Anlaufort Schellerten-Gardoizen mit einem Stand vertreten sein. Dort können alle Genossen auch konkrete Informationen über das erhalten, was vormittags geplant ist. Das „Anlaufen“ soll um 6.00 Uhr beginnen, um 8.00 Uhr soll es dann losgehen.

Um 15.00 Uhr findet die Abschlußkundgebung in Hildesheim statt. (Paul-von-Hindenburg-Platz).

Brandaktuell — die neue BLIND

Wahnsinnig ordnungsliebig ist sie pünktlich zum Beginn der großen Herbstaktionen der Friedensbewegung wieder da — eine neue BLIND. In Fulda und in Hildesheim werden wir sie zum ersten Mal unter die Leute bringen. Wer für seinen Ort noch welche haben möchte, muß sich möglichst schnell beim Verlag Roter Morgen melden. Übrigens: auch Einzelbestellungen sind möglich, aber bitte Porto beilegen.



Es war einmal ein Schuppen — bevor das Manöver begann...

geerntete Zuckerrüben und Kartoffeln oder ausgewiesene Naturschutzgebiete zu verschonen. Gerade dies ist in der Vergangenheit trotz entsprechender

Herbstmanöver '84

Rund 250000 Soldaten werden an den diesjährigen Herbstmanövern der NATO — „Reforger '84“ genannt — teilnehmen. Mit 26 Land-, Luft- und Marineübungen wird vom norwegischen Nordkap bis zur westlichen Türkei der Krieg geprobt.

Der Schwerpunkt der Herbstmanöver liegt (warum wohl?) in der Bundesrepublik. Über 130000 Soldaten sind allein an dem Manöver „Lion heart“ (Löwenherz) in Niedersachsen im Raum Hildesheim beteiligt — ca. 120000 britische Soldaten stellen das Hauptkontingent. Damit ist „Lion heart“ das größte Manöver der britischen Armee seit dem zweiten Weltkrieg. Hauptteil der Übung:

der Transport von ca. 60000 Soldaten von England in die BRD.

30000 Teilnehmer wird die US-Gefechtsübung Certain Fury im Raum Nürnberg/München haben. Etwa 47000 Soldaten der Bundeswehr werden im östlichen Bayern am Manöver „Flinker Igel“ teilnehmen. Wie immer wird in diesen Manövern die Krieg zwischen „orange“ und „blau“, zwischen Ost und West, zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO geprobt. Und wie immer wird „blau“ gewinnen. Und wie immer wird auch diesmal nur der Sieg zählen, wieviel dabei vom Schlachtfeld — der Bundesrepublik — übrigbleibt, spielt keine Rolle...

Fulda

Den Auftakt der Aktivitäten im Raum Fulda bildet „Rock gegen Manöver“ am 22.9. Ort: Innenhof der Fachhochschule Fulda, Beginn 14.00 Uhr, Eintritt im Vorverkauf 10, sonst 13 Mark. Am selben Tag beginnen auch die Friedenscamps in Hanau, Grebenhain, Alsfeld, Fulda und Gersfeld-Wildflecken.

Am 29.9. startet dann die Aktion „Menschennetz gegen Kriegsmanöver“. Es beginnt mit Auftaktkundgebungen in 26 Orten. Bis 13.00 Uhr soll die Menschenkette, die ausgehend von diesen Auftaktkundgebungen gebildet wird, dann stehen. (Beginn der Auftaktkundgebungen 10.30 Uhr).

In Fulda selbst geht es um 15.00 Uhr los. Die Kundgebung selbst soll bis 17.00 Uhr dauern. Anschließend beginnt auf dem Domplatz in Fulda das Kulturprogramm.

(Sehr von Nutzen für den schnellen Überblick ist übrigens der Aktionsleitfaden zum Friedensnetz im Fulda Gap, zu bestellen bei: Koordinationsbüro Menschennetz, Ohmstr. 12, 6400 Fulda, Tel.: (0661) 70828)

Neu erschienen!

Die Volksfront hat jetzt eine Broschüre mit Material und Dokumenten zu Airland Battle 2000 und der Kriegsführungsstrategie der NATO herausgebracht (Dokumente und Kommentare). Die Broschüre hat ca. 40 bis 50 Seiten (DIN A4) und ist für 4 Mark plus Porto bei der Volksfront-Geschäftsstelle zu bekommen. Adresse: Mariahilfstr. 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362

Gerade richtig

für Info-Stände beim Marsch gegen Rassismus und ausländischerfeindliche Politik (aber natürlich auch zum Selberlesen) sind vier Broschüren, die man jetzt bei der Volksfront bekommen kann:

Argumente zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft

Wie die KPD auch, tritt die Volksfront für die doppelte Staatsbürgerschaft von Ausländern ein, die in der BRD leben. Die Broschüre setzt sich mit den neun gängigsten Argumenten auseinander.

Material zum Thema Niederlassungsrecht

Die Grüne Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zum Niederlassungsrecht herausgebracht. Die Broschüre dokumentiert diesen Gesetzentwurf und Auszüge aus dem Entwurf der SPD für ein neues Ausländergesetz. Eine Stellungnahme der Volksfront setzt sich damit auseinander.

Material zum Thema Ausländerbeiräte

Anhand mehrerer Beispiele aus verschiedenen Städten wird der Aufbau, die Arbeitsweise und die Erfahrungen von Ausländerbeiräten dargestellt. In einer Einleitung sind die Forderungen der Volksfront bezüglich der Ausländerbeiräte dargestellt.

Ausländer in Köln. Stadtpolitik im Interesse der Kölner Kapitalisten

Eine Broschüre der Volksfront Köln, in der anhand konkreter Beispiele die Ausländerpolitik der Stadt Köln dargestellt wird.

Die Kölner Broschüre kostet 1 Mark plus Porto. Alle anderen Broschüren sind für 2 Mark zuzüglich Porto bei der Bundesgeschäftsstelle der Volksfront zu bekommen.

Kostenlos

erhalten die Ortsgruppen der Partei, die auf der Route des Marsches liegen, von uns „Kizil Safak“, den türkisch-sprachigen Roter Morgen. Bitte im zentralen Büro in Dortmund melden und sagen, wie viele ihr haben wollt.

Dieses Angebot gilt keineswegs nur für Ortsgruppen mit türkischen oder kurdischen Mitgliedern. Im Gegenteil. Wir meinen, daß der Marsch gerade für die deutschen Genossen eine gute Gelegenheit ist, einmal etwas zur Unterstützung von „Kizil Safak“ zu tun.

Zweisprachiges Flugblatt der KPD

Rechtzeitig zum Beginn des Marsches wird ein Flugblatt der KPD zur Ausländerpolitik erscheinen. Gegen die staatliche Ausländerfeindlichkeitspolitik und mit dem, was wir als Kommunisten an richtiger, demokratischer Ausländerpolitik durchsetzen wollen.

Das Flugblatt wird in deutsch und türkisch erscheinen. Wir bitten die Genossen in den Orten, sich möglichst schnell zu überlegen, in welcher Auflage sie das Flugblatt haben möchten. Bestellungen an das Dortmunder Büro.

Der historische Materialismus und die Bevölkerungsfrage

Eine allgemeine, von den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen abstrahierende Bevölkerungslehre, die immer, für alle Regionen und Zeiten gültig ist, wird oft von bürgerlichen Wissenschaftlern vorgelegt. Eine solche Theorie kann aber niemals stimmen, weil jede Gesellschaftsformation ihre eigenen Bevölkerungsgesetze hat. Der historische Materialismus betrachtet deshalb die Bevölkerungsgesetze auf dem Boden der jeweiligen Gesellschaftsform als sozialökonomische Gesetze.

So stimmt heute, z. B. für die Bundesrepublik — trotz des statistisch nachgewiesenen Geburtenrückgangs, daß das kapitalistische System Überbevölkerung, eben das Arbeitslosenheer schafft. Karl Marx hat das so ausgedrückt: „Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation (Anhäufung, RM) des Kapitals, produziert die Arbeiterbevölkerung (...) in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz. (Bevölkerungs, RM) -gesetz. Marx knüpft daran die allgemeine Aussage, daß „jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen historisch gültigen Populationsgesetze hat. Ein abstraktes Populationsgesetz existiert nur für Pflanze und Tier, soweit der Mensch nicht geschichtlich eingreift.“ (Das Kapital, Bd. 1, S. 660)

Geht man von der ganz allgemeinen These aus, daß das in letzter Instanz bestimmende Moment des sozialen, politischen und geistigen Lebens der Menschen ausschließlich daraus erklärt werden kann, wie die Produktionsweise materieller Güter, als Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gesehen, gestaltet ist, so ist auch heute noch der Satz von Karl Marx richtig, daß das Bevölkerungswachstum insofern bedeutungsvoll ist, als „die Vermehrung der Population (Bevölkerung, RM) die Produktivkraft der Arbeit vermehrt, indem sie größere Teilung und größere Kombination der Arbeit etc. möglich macht.“ (Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 304). Daraus darf man keinen naiven, blinden Fortschrittsglauben ableiten, der sagt, mehr Menschen, mehr Arbeitskraft, alles wird besser. Aber eines ist wichtig: Der Mensch, mit seinen Naturkräften ausgerüstet, wirkt unter Kontrolle seines Bewußtseins auf die Natur ein, und schafft mit dieser zweckmäßigen und bewußten Tätigkeit allen Reichtum der Gesellschaft, der Gemeinschaft der Menschen. Diese, dem Menschen innewohnende Produktivkraft ist so zunächst einmal eine Chance zur Weiterentwicklung, zum Fortschritt, solange sie nicht für den Profit des Kapitals völlig ausgebeutet oder für den Kapitalismus im Sinne der Profitmacherei zeitweilig oder regional überflüssig ist und vernichtet wird.

Nachbetrachtung zur UN-Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko-City

Die Bevölkerungsexplosion — eine unabwendbare Katastrophe?

Im vergangenen Monat endete in Mexiko-City die Weltbevölkerungskonferenz. Allgemeines Ziel dieser Konferenz war es, Maßnahmen zu erläutern, die eine „Stabilisierung der Weltbevölkerung innerhalb des kürzestmöglichen Zeitraums“ erreichen. 95 Prozent des Bevölkerungswachstums — von heute 4,8 Milliarden auf 6,1 Milliarden im Jahre 2000 und 10,5 Milliarden im Jahre 2100 — wird sich nach aktuellen Prognosen in den Entwicklungsländern abspielen.

Begleitet wurde diese Konferenz von einer breitangelegten Kampagne in den bürgerlichen, westlichen Medien, die eine wahre Horrorgeschichte der Zukunft verbreitet, die Endzeitstimmung für die „zivilisierte“, d. h. dann immer: die kapitalistische Welt herbeiredete, die Panikmache betrieb, Angst schürte vor der Bevölkerungslawine aus der sogenannten dritten Welt.

Die Konferenz

Die diesjährige Weltbevölkerungskonferenz war nicht das erste Treffen zu dieser Frage. Zuletzt waren Vertreter der meisten Staaten der Erde in Bukarest zusammengekommen. Die Beschlüsse der Bukarester Konferenz sollten in Mexiko überarbeitet und konkretisiert werden. Kernsatz der in Bukarest verabschiedeten Stellungnahme ist die im folgenden zitierte Position, die in Mexiko weiterhin von der überwiegenden Mehrheit getragen wurde: „Die Grundlage für eine effektive Lösung der Bevölkerungsprobleme besteht in erster Linie in der sozialökonomischen Veränderung.“ Die Mehrheit der Vertreter der Staaten, nicht nur aus den betroffenen Regionen, war sich darüber einig, daß die überproportionale Bevölkerungszunahme Folge und nicht Ursache der Unterentwicklung ist. Ursachen der Unterentwicklung wurden von vielen Vertretern von Staaten aus Entwicklungsländern benannt: Das Erbe des Kolonialismus, Ausbeutung durch die internationalen Monopole, die Finanz-„Hilfe“-Politik der entwickelten kapitalistischen Länder, die Abhängigkeiten festschreibt, statt sie zu beseitigen, und vieles andere mehr.

So wurde sehr breit, wenn auch oft diffus und nicht eindeutig definiert, immer wieder der Ruf nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung laut. Was immer auch die Vertreter der verschiedensten Staaten mit unterschiedlichsten politischen

und wirtschaftlichen Systemen darunter verstanden haben mögen, eines war klar, es war der Ruf nach mehr Gerechtigkeit, es war eine Kritik vor allem am westlichen Imperialismus, vornehmlich den USA.

Die Haltung des US-Imperialismus

Der Leiter der US-Delegation auf der Konferenz in Mexiko-City war von der Reagan-Administration bestimmt nicht zufällig ausgewählt worden. Es war der Direktor der antikommunistischen Hetz- und Aufwiegel-Sender Radio Free Europe und Radio Liberty, James Buckley. Buckley vertritt die altbekannte, aber immer noch nicht wahr gewordene These, daß das Bevölkerungswachstum an sich wertneutral sei, und lediglich da kein Problem darstelle, wo der Kapitalismus sich ordentlich entwickelt habe. Logische Folgerung aus seiner These: Die Entwicklung einer freien Marktwirtschaft, so Buckley, „ist das natürliche Mittel, um Bevölkerungswachstum zu verlangsamen“. Zwei Dinge allerdings vergaß der Sprecher des US-Imperialismus. Erstens ist es gerade der Zugriff der „freien Marktwirtschaft“ auf alle Regionen der Erde, der das Elend und die sozialen Verhältnisse schafft, die die aktuellen Probleme hervorgerufen haben. Und zweitens werden sich viele Länder davor hüten, sich gerade von den USA ihre Gesellschafts-

ordnung vorschreiben zu lassen. Dieser Vorstoß der USA scheiterte denn auch in Mexiko, ganz so einfach wie in den alten Zeiten des klassischen Kolonialismus ist es für den Imperialismus heute doch nicht mehr.

Dennoch spielten die USA immer wieder ihre Machtposition auf dieser Konferenz aus. Zu allen Plänen und Projekten stellten sie Bedingungen, wenn sie direkt als Finanzier oder Beitragszahler für UN-Programme gefordert waren. Das galt für die Forderung nach Erhöhung des Bildungsniveaus in den Entwicklungsländern, nach der Förderung der Berufsausbildung für Frauen, deren Einbeziehung in die Produktion und eine gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft. Vor allem mischten sich die USA massiv in die Diskussion der Richtlinien zur Familienplanung ein. Hier hatte Washington für seine reaktionäre Politik einen starken Verbündeten: den Vatikan. Beide, die Vertreter des US-Imperialismus und der katholischen Kirche, machten vor allem gegen die Abtreibung aber auch gegen andere Methoden der Empfängnisverhütung Front. Buckley drohte an, den UN-Programmen Gelder zu entziehen, falls die Abtreibung als ein Mittel der Familienplanung anerkannt würde. In dieser Frage machte die Konferenz dann auch einen Kompromiß, indem im Schlußdokument erklärt wird, daß Schwangerschaftsabbruch als Mittel der Familienplanung nicht gefördert wird.

Ein vertretbarer Kompro-



Kinder in China, Afrika: Die Bedrohung des Abendlandes?

miß, denn den Problemen vieler Staaten ist sicherlich mit dem Mittel der Abtreibung nicht beizukommen. Viel schwieriger ist dagegen zu bewerten, daß fast alle Mittel der Familienplanung vom Vatikan, der mächtige Verbündete beim internationalen Imperialismus hat, geächtet werden. Die Propaganda gegen jegliche Form der Geburtenkontrolle hat mit der Konferenz von Mexiko erneut wilde Formen angenommen. Erst kürzlich hat sich das Oberhaupt der katholischen Kirche wieder ausführlich mit dieser Frage beschäftigt.

Die reaktionäre Rolle des Vatikans

Papst Johannes Paul II hält zur Zeit in Rom eine Serie von zwölf Ansprachen, mit der er das Verbot der katholischen Kirche nach künstlicher Geburtenkontrolle bekräftigen will. Am 5. September, während der achten der zwölf Reden, sagte der Papst vor mehreren tausend Menschen auf dem Petersplatz, daß die 1968 veröffentlichte Enzyklika „Humanae Vitae“, die

sich mit dem Verbot der künstlichen Geburtenkontrolle für die Katholiken befaßt, nicht auf eine Begrenzung oder Verhinderung von Nachwuchs durch natürliche Kontrollmethoden ausgerichtet sei, sondern vielmehr „im Gegenteil den Wunsch nach einer noch zahlreicheren Nachkommenschaft“ versinnbildliche. Folgerichtig rief Papst Johannes Paul die Katholiken auf, die von der Kirche gebilligte natürliche Methode der Geburtenkontrolle nicht dazu auszunutzen, um überhaupt keine, oder nur wenig Kinder zu bekommen. Der Papst warnte davor,



Ein von Spinnweben verschlossener Kinderwagen. Bevölkerungsexplosion in der dritten Welt — und Deutschland stirbt aus? Eine Montage der Zeitung „Wirtschaftswache“.

DAS PROBLEM AUS DER SICHT EINES LATEINAMERIKANERS

Man beugt sich über internationale Statistiken und fragt sich: In was für einer Welt leben wir eigentlich? In einem riesigen Irrenhaus vielleicht? In einem Schlachthof? Wer hat das Stück geschrieben, in dem wir hier mitspielen müssen? Was für ein verrückter oder euphorischer Henker? Hat die Geschichte gelogen, als sie Frieden und Fortschritt versprach?

Zehntausend Menschen verhungern pro Tag, aber jeden Tag gibt die Welt mehr als Tausend Millionen Dollar für Heere und Waffen aus. Vergleicht man die Militärausgaben mit Zahlen über Alphabetismus, Krankheit und Rückständigkeit und bedenkt, daß man mit dem Geld für einen einzigen Panzer fünfhundert Schulräume ausstatten kann, kommt einem das Grausen.

Ein Düsenjäger kostet so viel wie vierzigtausend Apotheken, und mit dem Geld für einen Zerstörer kann man für neun Millionen Menschen Licht legen. Auch wenn die Waffen ruhen und niemals eingesetzt werden, verschlingen sie doch die Mittel der Weltwirtschaft. Und es ist sicher, daß sie eingesetzt werden. Nicht gegen den

Hunger, sondern gegen die Hungernden.

Kriegswirtschaft in Friedenszeiten? Aber was für ein Frieden? Auch wenn kein einziger Schuß fällt, keine einzige Bombe platzt, so verlangt doch ein heimlicher und niemals und nirgends erklärter Krieg in Ländern wie El Salvador und Guatemala immer weiter dreißig Millionen Opfer pro Jahr. Dreißig Millionen Menschen verhungern jedes Jahr — in der Welt? Ach nein: in der dritten Welt. Das heißt doch: in einer anderen Welt. Dieser Begriff „dritte Welt“, den Alfred Sauvy vor Jahren, ohne zu ahnen, daß er den reichsten Ländern nur als Alibi dienen sollte, schuf, hat ein trauriges Schicksal erlitten. Zur sogenannten dritten Welt gehört die kapitalistische Welt, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß Unterentwicklung nicht eine Phase der Entwicklung ist, sondern historische Konsequenz der Entwicklung der anderen. Einige Länder sind arm, weil andere Länder reich sind, nach einer langen Geschichte von

Diebstahl, die immer verborgen und abgestritten wird, aber trotzdem traurig real ist.

Verschwendung von Mitteln oder Mittel, um die Verschwendung zu verteidigen? Liebe sich die ungleiche Organisation der Welt auch nur einen einzigen Tag lang aufrechterhalten, wenn die privilegierten Länder und sozialen Klassen, die an den Überfluß gewöhnt sind, nicht bis an die Zähne bewaffnet wären?

Das Elend der vielen bedroht den Reichtum der wenigen. Diese Handvoll Länder, die an der Konsumkrankheit und der Prunksucht leiden und vollgestopft sind mit nutzlosen Gütern, die gierig auf den Markt geworfen werden und den Reichtum dieser Erde verzehren, haben allen Grund, in Alarmzustand zu leben und nachts nur eines der Augen zu schließen. In einer neueren Studie bemerkt Jean Ziegler, daß die gegenwärtige Welt, eine Welt des Hungers, genug Getreide produziert, um eine Bevölkerung satt zu machen, die dreimal größer ist als die derzeitige.

Ein Drittel des Getreides wandert in die Bäuche der Kühe. In den reichen Ländern sterben vier von zehn Menschen nicht am Hunger, sondern an der Verfressenheit, durch übermäßigen Genuß von Fleisch und Fetten.

Jacques Choncol hat in einer anderen, ebenfalls neueren Arbeit nachgewiesen, daß Lateinamerika mehr Kalorien und Proteine produziert, als seine Bevölkerung benötigt, und trotzdem: Die Hälfte der Lateinamerikaner sind Kinder und die Hälfte dieser Kinder sind unterernährt. Der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) zufolge leiden von hundert Kindern in Lateinamerika fünfunddreißig unter schwerwiegender Unterernährung, so heißt für die Techniker der Hunger. Kann es da noch jemanden wundern, daß die am meisten ausgebeuteten Länder genauso viel für Waffen ausgeben wie für landwirtschaftliche Entwicklung? Diese Tatsache kann und soll Unwillen her-

vorrufen, aber niemals Erstaunen. Gibt es in diesen Ländern denn keine Herren? Und haben diese Herren nicht gute Gründe dafür, sich als Verfolgte zu betrachten? Die unterentwickelten Länder — Scham oder Heuchelei brachten für sie die Bezeichnung „Entwicklungsländer“ auf — haben ihre Rüstungsausgaben von 1970 bis 1975 verdoppelt. In demselben Zeitraum haben sie die Lebensmittelproduktion pro Kopf verringert.

Wie könnten die, die in Chile die Demokratie in Blut ersäuft haben, ohne Bajonette hinter jedem Rücken denn herrschen? Wie sonst ließe es sich erreichen, daß Millionen von Chilenen nur noch von Nudeln leben, während die Sieger jeden Tag ihre „Baguettes“ im Flugzeug aus Paris kommen lassen und Whisky mit Wasser aus Schottland trinken?

Dieser Beitrag des uruguayischen Historikers Eduardo Galeano ist vollständig abgedruckt in: Brennpunkt Zentralamerika, RM-Taschenbuch, Dortmund 1984, Seiten 3—13. (Hervorhebungen von uns, RM)

die Anwendung der sogenannten Knaus-Ogino-Methode könne zu einer „Quelle des Mißbrauchs“ werden. Dies ist dann der Fall, wenn Eheleute versuchten, aus „unredlichen Gründen“ die Fortpflanzung ganz zu verhindern, oder sie „unterhalb der für ihre Familie moralisch richtigen Geburtenrate“ zu halten.

Angesichts des zehntausendfachen Kindersterbens täglich(!) kann man das doch als nichts anderes ansehen, als ein gigantisches Arbeitsbeschaffungsprogramm für Priester mit der Spezialausbildung Beerdigungen und Totenfeiern. Und bedenkt man, daß die katholische Kirche nicht nur in ihren „traditionellen“ Hochburgen in den Entwicklungsländern, in Lateinamerika, auf den Philippinen, in vielen Teilen Afrikas eine derartige Position mit starker Propaganda und massivem Druck verbreitet, sondern weiterhin bemüht ist, neue Gebiete zu „missionieren“, ihren Einfluß auszubauen, wird die Gefahr deutlich, die vom „heiligen Stuhl“ ausgeht.

Was bringen Familienplanungsprogramme?

Aber auch der Vatikan ist nicht allmächtig, und so finden schon in vielen Teilen der Welt Familienplanungsprogramme statt, auch in Staaten mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Aber gerade an den Ergebnissen solcher Programme läßt sich die eingangs erwähnte These, daß ohne sozialökonomische Veränderung dem sprunghaften Bevölkerungsanstieg nicht beizukommen ist, beweisen. In Indien etwa, laufen schon seit Jahren alle möglichen Programme und Versuche. International geförderte Aufklärungs- und Beratungskampagnen, das freie Verteilen von Verhütungsmitteln, Prämien für Sterilisationen, ja sogar Zwangssterilisationen. Für Indien ist der Erfolg gleich null. Nicht nur, daß enorme Summen der für diese Programme bereitgestellten Gelder einfach „versickern“, in der unüberschaubaren Bürokratie „hängenbleiben“, auch da, wo die Projekte „unten“ ankommen, bewirken sie fast nichts. Widerstand aus kulturellen, religiösen Motiven, Widerstand gegen Maßnahmen, die von der verhaßten und als völlig korrupt verschrieenen Regierung kommen, paart sich mit totaler Unfähigkeit des Apparats. Gerade aus Indien hört man des öfteren wahre Schauerreden über Zwangssterilisationen, über total unwürdige Behandlung gerade der Frauen, über den Abbruch von Familienplanungsprogrammen, weil sich herausgestellt hat, daß sie nur der Bereicherung bestimmter Kreise dienen. Die Bevölkerung Indiens wird bald, wenn nichts geschieht, die von China übertreffen. Nebenbei: Meldungen über Zwangssterilisationen, die oft ohne Wissen der Betroffenen vorgenommen werden, gibt es gerade auch aus Südamerika, wo mit derlei Methoden ganze Indianerstämme ausgerottet werden sollen.

Im Gegensatz zu Indien verlief die Entwicklung in China. Parallel mit der Entwicklung der Volkswirtschaft in China, mit der Ausrottung der Hungersnöte, mit der Schaffung eines bescheidenen Wohlstands und dem Aufbau eines umfassenden Gesundheitsvorsorgesystems lief in der Volksrepublik China ein Familienplanungsprogramm an, das schon jetzt enorme Wirkungen zeigt. Die-

sem Riesenstaat gelang es, den Geburtenzuwachs seiner Bevölkerung derart zu drosseln, daß die von allen Experten errechnete Zuwachsrate der Weltbevölkerung von 2,0 auf 1,7 Prozent sank. Mit anderen Worten, das erfolgreiche Familienplanungsprogramm in China hat den angenommenen Zuwachs der Weltbevölkerung um 15 Prozent verringert.

Es geht also, könnte man meinen, kein Grund zur Panik. Panik gibt es trotzdem, wir wollen ein Beispiel vorstellen.

Hysterie in Germany

Ein konkretes Beispiel ist eine dreiteilige Serie in der (Kapitalisten-) Zeitung „Wirtschaftswochen“. Über drei Wochen schürte dieses Blättchen Angst vor den Menschenmassen aus den Entwicklungsländern, die „unsere Zivilisation“ bedrohen würden. Es ging los mit einer Analyse des „Bevölkerungsschwundes“ in Westdeutschland. Der Artikel „Die Zeitbombe tickt“ begann: „Der Bevölkerungsschwund ist nicht aufzuhalten, der Weg in den Rentnerstaat damit vorgezeichnet. Noch werden die wirtschaftlichen Folgen verdrängt. Notwendige Anpassungsmaßnahmen unterbleiben.“ Dann ging es mit der Folge „Krieg der Generationen“ weiter. Der Vorspann: „Mit der Bevölkerung droht auch die Wirtschaft zu vergehen: Die Altenrepublik wird kein geruhiges Altersheim. Wenn der technische Fortschritt erlahmt, werden Verteilungskonflikte um sich greifen.“ Der dritte Teil der Serie, betitelt: „Kinder für die Revolution“, begann so: „Die schrumpfenden Industrienationen versuchen ihren Wohlstand vor der Bevölkerungslawine der dritten Welt zu retten. Im dritten Teil der Serie über die Bevölkerungsprobleme der kommenden Jahrzehnte beschreibt die „Wirtschaftswochen“ warum das kaum gelingen wird.“ Endzeitstimmung, der Untergang des Abendlandes, der Zivilisation wird hier in Szene gesetzt. Warum das ganze? Diese Artikel, so fatalistisch, so trost- und hoffnungslos sie wirken könnten, haben natürlich einen Zweck: sie sollen eine Stimmung schaffen, die sagt, wenn die bisherigen Mittel, „Brot-für-die-Welt“-Kampagnen, ein paar Mark oder Dollar für Familienplanungsprogramme nicht ausreichen, um die Völker „ruhig“ zu halten, und ansonsten so Schlimmes droht, muß man eben zu anderen Mitteln greifen, um die „Zivilisation, das Abendland“ zu retten. Eine solche Stimmungsmache ist Kriegspropaganda. Und daß solche Stimmungsmache auch einen realen Masseneinfluß bekommen kann, beschreibt sogar eben diese „Wirtschaftswochen“:

„Angesichts dieser Größenordnung (des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern, RM) scheinen Ängste der Kolonialherren von einst auch Europäern von heute nicht mehr fremd. Nicht von ungefähr erntet Frankreichs rechtsradikaler Poltergeist Jean-Marie Le Pen beängstigend viel Zustimmung und Wählerstimmen, wenn er die „Bedrohung durch die hungrigen und meist kommunistisch geleiteten Völkermassen vor den Toren Europas“ beschwört und eine Rückkehr zum „traditionellen Expansionismus und Eroberungsgeist der Europäer“ fordert.“

Fragen der Bevölkerungspolitik sind also nicht nur ein Thema für dritte-Welt-Arbeitskreise sondern auch ein Thema im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Hoimar von Ditfurth und Malthus Aufforderung zum Massenmord?

Liest man in den Schriften von Marx und Engels zu Fragen der Bevölkerungspolitik und der politischen Ökonomie nach, so stößt man immer wieder auf den Namen des englischen Geistlichen und Ökonomen Malthus. Marx vor allem, kritisierte seine Bevölkerungslehre, wonach das Wachstum der Bevölkerung ewigen Naturgesetzen unterliege und schneller vor sich gehe als die Produktion von Nahrungsmitteln. Malthus, so Karl Marx, „verwandelt die historisch verschiedenen Verhältnisse in ein abstraktes Zahlenverhältnis, das rein aus der Luft gefischt ist und weder auf Naturgesetzen, noch auf historischen Beruht.“ (Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 499).

Elend und Hunger der Werktätigen haben nach Malthus ihre Ursache nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sondern in der natürlichen Eigenschaft der Menschen, sich zu vermehren. Bis heute gibt es in den westlichen, imperialistischen Staaten Anhänger des Malthusianismus, der eine offen menschenfeindliche Lehre ist und von den reaktionären Positionen des Imperialismus den Widerspruch zwischen den Interessen des Kapitals und der Völker widerspiegelt. Anhänger des, wie man heute sagt, Neomalthusianismus, behaupten weiterhin die Unvermeidlichkeit einer Überbevölkerung der Welt und befürworten die Massenausrottung von Menschen, und wenn es sein muß durch Atomwaffen. Vertreter einer solchen Politik darf man aber nicht nur in den Büros des amerikanischen Außenministeriums z. B. vermuten. Sie leben auch hier in der Bundesrepublik, hochangesehen und von einer Aura des Fortschrittlichen umgeben. Wir reden von Hoimar von Ditfurth, Professor für Psychiatrie und Neurologie, anerkannter Wissenschaftspublizist, Fernsehstar und nicht zuletzt eifriger Wahlkämpfer für die Grünen.

Zur Frage der Bevölkerungspolitik nahm er kürzlich im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Stellung. Vordergründig kritisierte er die Brot-Spenden-Sammlung der Kirchen und caritativen Organisationen für die dritte Welt. Dabei jedoch sprach er offen aus, daß seiner Meinung nach zu viele Menschen auf der Welt leben würden, daß ein gewolltes, bewußt in Kauf genommenes Massensterben dieser Menschen ein Glück, oder überhaupt die Rettung für die Menschheit sei. Für den, der es nicht glauben kann, einige Zitate aus dem Artikel des grünen Professors:

„Auch heute werden wieder 40000 Kinder sterben — alle zwei Sekunden eines. Sie verhungern. Als kleine Skelette mit faltig-alten Gesichtern werden sie irgendwann im Laufe dieses Tages aufhören weiterzuleben. Tag für Tag, 365mal im jedem Jahr, das Gott werden läßt. Alle 24 Stunden entsteht so, verteilt über die Länder der sogenannten dritten Welt, ein Berg von 40000 verschrumpelten Kinderleichen.“

Furchtbar? Viel schlimmer: Wenn diese Kinder nicht sterben, wenn sie nicht in den Armen ihrer Mütter verhungerten, die selbst nicht mehr die Kraft haben, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen, wenn sie etwa überleben und gar erwachsen würden, um selbst Kinder zu haben, dann wäre die Katastrophe noch weitaus größer. Es mag zynisch klingen, daß ihr vieltausendfacher lautloser Tod die Erde vor einer Situation bewahrt, die alles heutige Sterben bei weitem übertrifft. (...)

Deshalb ist es an der Zeit, eine Bürgerinitiative ins Leben zu rufen mit dem Ziel, den verhängnisvollen Unfug anzuprangern, der mit jenen kleinen Zeitungsanzeigen getrieben wird, aus deren Bildern einem ein dunkelhäutiges Kind mit großen Hungeraugen entgegenblickt. Eine Initiative verantwortungsbewußter Mitbürger, die nicht länger hinzunehmen bereit sind, daß mit den Methoden moderner Werbestrategien zielbewußt ein Mitleid kultiviert wird, dessen Konsequenzen tödlich sind. (...)

(Aus: Die mörderische Konsequenz des Mitleids. Der Selbstbetrug bei den Brot-Spenden für die dritte Welt von Hoimar von Ditfurth, Spiegel Nr. 33 vom 13. August 1984, Seiten 85/86).

Selbst wenn man die Kritik an den Gewissensberuhigungskampagnen der Kirchen noch teilen kann, der Gedanke, seelenruhig zuzusehen, wie 40000 Kinder pro Tag — alle zwei Sekunden eines — elendig sterben und dazu noch fordern, Rettungsversuche für diese Kinder generell einzustellen, ist, gelinde gesagt, pervers. Die, im wahrsten Sinne des Wortes, mörderische Konsequenz solcher Gedanken ist erschreckend: die Überflüssigen haben zu verschwinden, sie bedrohen — ja wen? Die Notwendigen? Die Zivilisierten? Die Produktiven? Wenn „Grün — Leben“ ist, wie die grüne Partei so oft gern verkündet, hat sie sich von diesem Helfer aber schnellstens zu verabschieden. Er kommt uns vor, wie ein spießiger deutscher Schrebergärtner, der seine paar Quadratmeter schön in Ordnung haben will, aber gegen alles außerhalb seines Grünstreifens mit dem Schrotgewehr zielt.

10. Nationaler Protesttag Neun Tote in Chile

Der zehnte nationale Protesttag in Chile, der erstmals Aktionen gegen das faschistische Regime des Generals über zwei Tage hinweg vorsah, hat in einem Blutbad geendet. Mindestens neun Tote, in der Hauptstadt Santiago, tausend Verhaftete hat es am vergangenen Dienstag und Mittwoch gegeben. Zusätzlich hat der Diktator Pinochet Gerichtsverfahren gegen die Organisatoren des Protesttages angekündigt. Sie sollen wegen „Aufhetzung zur Rebellion“ angeklagt werden. Bekanntestes Todesopfer des Polizeiterrors gegen die Demonstranten und Oppositionellen Chiles ist der 43jährige französische Priester Andres Javland, der am Dienstag in seiner Wohnung von Geheimpolizisten per Genickschuß getötet wurde. Bei den Trauerfeierlichkeiten für den getöteten Priester kam es am vergangenen Freitag zu einer großen Demonstration. Wieder kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Trauergäste angriff und mehrere Dutzend Menschen mit Schlagstöcken am Kopf verletzte.

Der 10. nationale Protesttag, wie schon die vorhergehenden Protesttage, ein Kampftag für den Sturz der Pinochet-Diktatur, wurde wieder vor allem von Bewohnern der Armenviertel getragen. Die Einwohner der Vororte der Hauptstadt Santiago hatten sich nach den Erfahrungen mit der Militärpolizei in ihren Quartieren verbarrikadiert. Die Barrikaden wurden gegen die Polizei, die mit Schützenpanzerwagen mit Wasserwerfern und Schußwaffen vorging, verteidigt. Daneben sind Tränengaseinsätze, das Loslassen scharfer Hunde auf Demonstrationsteilnehmer und brutale Schlagstockeinsätze bekanntgeworden.

Auch außerhalb der Hauptstadt wurde der Aufruf zum Protesttag breit befolgt. So ist bei Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei im Norden Chiles der regionale Geheimdienstchef, Leutnant Julio Briones am Mittwoch ums Leben gekommen. Studenten hatten die Atacama-Universität, rund 800 Kilometer nördlich von Santiago besetzt. Als Polizeikräfte anrückten, sollen aus dem Universitätsgebäude Schüsse abgegeben worden sein. Dabei soll der Offizier getötet worden sein. Ein Student wurde von der Polizei ermordet.

Diktator Pinochet hat jetzt angekündigt, er werde mit „harter Hand“ gegen die Opposition vorgehen. Der faschistische General machte die Organisatoren des Protesttages — ein breites Bündnis von verschiedensten politischen Parteien und Gewerkschaften — für alles was geschehen sei, verantwortlich. Er betonte, er werde die (von ihm selbst geschriebene) Verfassung erfüllen, die ihn bis mindestens 1989 als Präsident bestatigte.

Eine scheinbare „Öffnung“ des Regimes, die angebotene Heimkehr von Ausgewiesenen oder ins Exil gegangenen Oppositionellen, ist auch schon wieder vorbei. Die chilenische Regierung hat die internationalen Luftverkehrsgesellschaften aufgefordert, keine nach Chile bestimmten Flugscheine mehr an Bürger des Landes zu verkaufen, die ausgewiesen wurden und jetzt im Ausland leben. Das Innenministerium in Santiago hat den Luftfahrergesellschaften eine Liste mit Namen von 4943 Regimegegnern überreicht, die alle nicht nach Chile zurückkehren dürfen.

SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN BRITISCHEN BERGARBEITERN



Eine DIN-A2-große Spendenquittung ist das letzte RM-Poster. Das Plakat, das die streikenden britischen Bergleute gegen die Polizeiübergriffe gemacht haben, gibt es gegen eine Spende von 5 Mark. Davon gehen 3 Mark direkt aufs Solidaritätskonto. Das Poster, auf gutem Papier gedruckt, ist zweifarbig und kann bestellt werden bei: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



„Mein Lebensinhalt ist die Befreiung des Volkes“

Yilmaz Güney ist tot. Im Alter von 47 Jahren starb er am 9. September in seinem Exil in Frankreich. Magenkrebs die Ursache seines frühen Todes. Yilmaz Güney ist tot. Der „häßliche König“, wie ihn der Volksmund in der Türkei nannte, lebt nicht mehr. Gestorben ist der wohl herausragendste revolutionäre Künstler aus der Türkei nach Nazim Hikmet. Gestorben ist ein Mann, der nicht in der Kunst, sondern im Kampf für die Befreiung seines Volkes sein Ziel und Lebensinhalt sah. Wer war Yilmaz Güney? Was macht seinen Tod unfassbar, zu einem großen Verlust für uns?

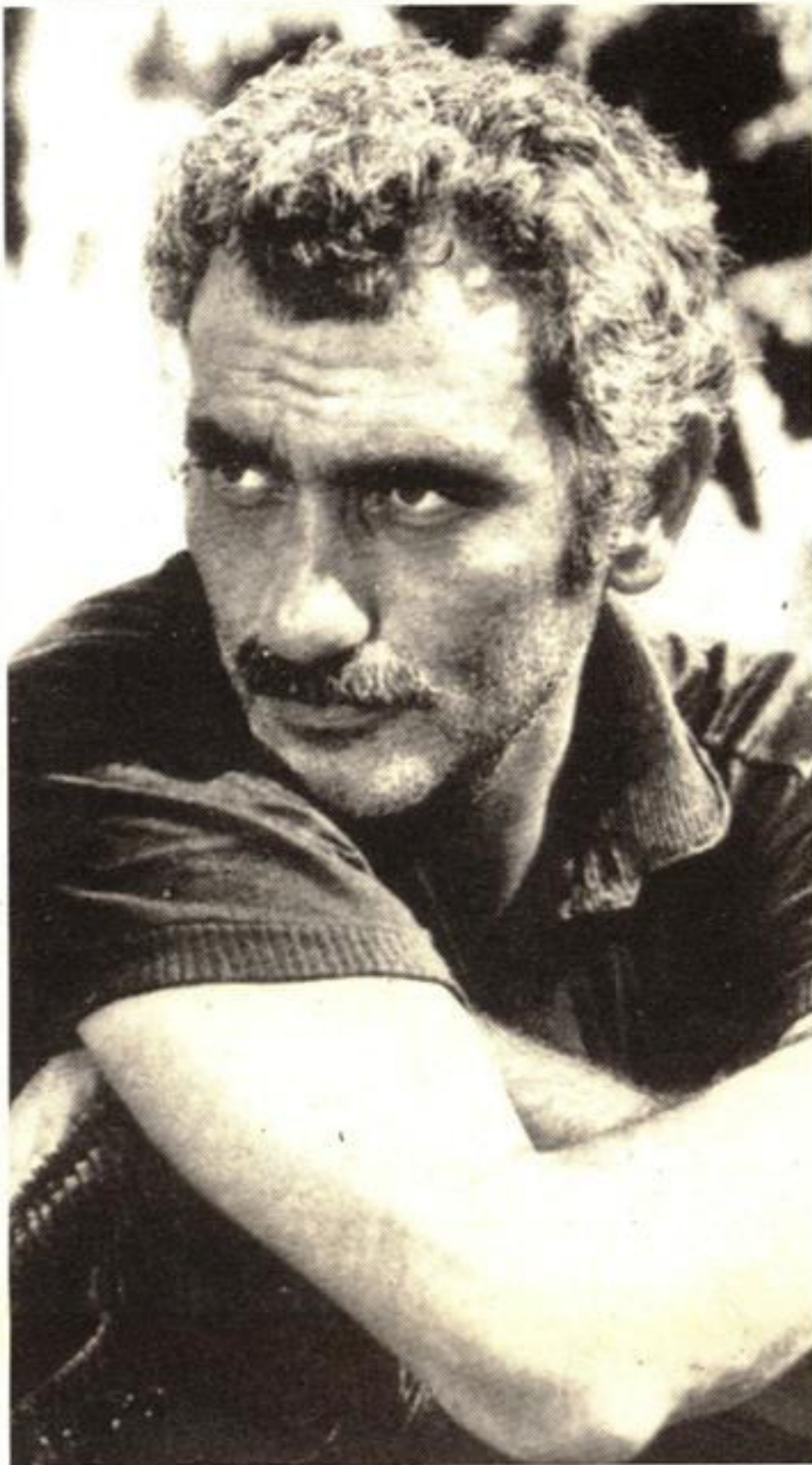
Güney wurde 1937 als Sohn einer armen kurdischen Landerbeiterfamilie in Anatolien geboren. Seine Kindheit unterscheidet sich nur wenig von der anderer Kinder in Anatolien. Schon als Knabe mußte er mit für den Lebensunterhalt seiner neunköpfigen Familie arbeiten. Als sein Vater zum Verwalter eines Bauernhofes „aufstieg“, wurde es der Familie möglich Yilmaz eine bessere Schulausbildung zu finanzieren. Er ging in Adana aufs Gymnasium und studierte später Jura und Wirtschaftswissenschaften.

Auf dem Gymnasium in Adana begann Yilmaz zu schreiben, zunächst auf Wandzeitungen, dann in der Zeitschrift „Birgün“ [Ein Tag]. 1959 wird er wegen seiner Erzählung „Gleichung mit drei Unbekannten“ zu siebenmonatigen Jahren Gefängnis und zweieinhalb Jahren Verbannung verurteilt. Nach internationalen Protesten wird das Urteil umgewandelt in zwei Jahre Haft und ein halbes Jahr Verbannung. Yilmaz flieht und tritt erst 1961 seine Strafe an. Im Gefängnis beginnt Yilmaz, der kommunistischen Propaganda beschuldigt, sich näher mit dem Kommunismus zu beschäftigen.

1958 spielt Güney seine erste Rolle als Schauspieler in dem Film „Bu Vatanın Çocukları“ (Die Kinder dieses Landes). Zum Film war er mehr zufällig gestoßen. Er mußte sich neben der Schule Geld verdienen und nahm einen Job als Laufbursche bei einem Filmverleih an. Zufall auch seine erste Rolle. Ein bekannter Schauspieler fiel wegen überhöhter Gagenforderungen aus und Güney sprang ein. Richtiger: Yilmaz Pütün sprang ein, denn so hieß er bis jetzt. Da aber Pütün der kommunistischen Propaganda beschuldigt wurde, gab er sich den Schauspieler-Pseudonym Güney.

Die künstlerische Karriere Güneys ist einmalig. In 26 Jahren, von denen er fast dreizehn Jahre im Gefängnis und zwei Jahre im Militärdienst verlebte, wirkte Güney an rund 120 Filmen als Schauspieler, Regisseur, Drehbuchautor und Produzent mit. Mit seinem Film „Yol“ (Der Weg) gelingt ihm der internationale Durchbruch. „Yol“ be-

Nachruf auf Yilmaz Güney



kommt die „Goldene Palme von Cannes“ und Güney ist schlagartig ein weltberühmter Mann.

1972 wurde er das zweite Mal verhaftet. Sein Verbrechen: Er hat politische Aktivitäten, die von der Polizei gesucht wurden, gedeckt. Im März 1974 wird er im Rahmen einer Amnestie für politische Gefangene wieder freigelassen. Doch schon am 14. September 1974 wird er erneut, während der Dreharbeiten für seinen Film „Arkadas“ (Der Freund) ins Gefängnis gesperrt. Der unschuldige Güney wird des Mordes an einem Richter bezichtigt und zu 19 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Oktober 1981 gelingt Güney, zusammen mit seiner Frau und seinen Kindern, während eines Hafturlaubes die Flucht in die Schweiz, dann nach Frankreich. Am 7. Dezember 1982 wird Güney in Abwesenheit erneut von den türkischen Militärs wegen kommunistischer Propaganda verurteilt. Siebenmonatige Jahre für seine Broschüre „Über den Faschismus“. Am 6. Januar 1983 wird ihm durch ein offizielles Dekret die türkische Staatsbürgerschaft aberkannt.

Güney hat sein Leben lang

gekämpft gegen Unterdrückung und Terror, die er selbst als Kurde, Künstler und Revolutionär immer wieder am eigenen Leib erfahren mußte. Er hat in seinen politischen Filmen und Büchern Anklage erhoben gegen Faschismus, Kapitalismus und Feudalismus, aber auch gegen das patriarchalische System, Blutrache und andere reaktionäre islamische Traditionen in seiner Heimat. Für ihn waren die kleinen, armen Leute, Arbeiter und Bauern, die wahren Helden, die er wachrütteln und für die Revolution gewinnen wollte. Nur logisch, daß er so Haß, Verleumdung, Verfolgung und Bedrohung der Rechten und Faschisten auf sich ziehen mußte, die ihm bis ins Exil niemals Ruhe gönnten.

Doch Güney war auch für die türkische Linke ein unbequemer, umstrittener Mann. Seinen politischen Filmen wird von links vorgeworfen, sie seien zuwenig analytisch, gäben die Realität falsch wieder und zeigten keinen Ausweg. Und mit seiner Meinung über den Kampf der türkischen Linken schaffte er sich im eigenen Lager viele Feinde. Lassen wir zu diesen

Vorwürfen Güney selbst sprechen:

„Ich betrachte das Kino nicht als ein Werkzeug, um damit theoretische Wahrheiten auszudrücken. Ich spreche über die Leiden der Menschen im Herzen des Lebens. Ich bin gegen ein Kino, das zur Propagandamaschine degradiert ist. Ich bin gegen ein pädagogisches Konzept des Kinos, aber ich glaube fest, daß meine Kunst einen politischen Inhalt hat, daß sie einen starken Einfluß auf die Massen hat. Es liegt an mir, die künstlerische Sprache zu nutzen. Aus politischen Anlässen schreibe ich Artikel oder halte ich Reden, aber ein Filmtheater ist kein Kongreßsaal. Man muß zwischen diesen beiden Sprachen unterscheiden.“ [1]

Und über die türkische Linke sagte Güney: „Die türkische Linke hat sich nie einigen können, hat ihren Kampf nie auf ein richtiges politisches und ideologisches Fundament gestützt. Anstatt die Massen für den Kampf zu gewinnen, versetzte man das Volk in die Rolle von Zuschauern. Und diese Fehler werden bis heute wiederholt. (...) Sogenannte Revolutionäre und Patrioten haben mit ihren politischen Aktionen und ihrem Verhalten das Vertrauen der Bevölkerung mißbraucht. Die große Mehrheit der Bevölkerung hatte daher die Nase voll, sowohl von den Faschisten wie von den Revolutionären.“ [2]

Güney wollte deshalb seine Zeit im Exil nicht nur dazu nutzen, mit weiteren Filmen Anklage gegen die faschistische Junta in der Türkei zu erheben, er wollte seinen Beitrag zur Schmiedung einer antifaschistischen Einheitsfront leisten: „Wir sind dabei, eine Bewegung in Gang zu bringen und zu organisieren, um die faschistische Junta zu stürzen. Die türkische Linke, im Land wie im Exil, ist heillos zerstritten. Wir wollen vermitteln, wir wollen sie zu einer starken Bewegung zusammenführen.“ [3]

Yilmaz Güney ist tot. Melike Demirag, Sängerin und Hauptdarstellerin in dem Güney-Film „Sürü“ (Die Herde), würdigt Güneys Leben mit folgenden Worten: „Er ist viel zu früh gestorben. Er hätte noch viel schaffen können. Sein Name ist heute in der Türkei verboten. Auch seine Filme sind verboten. Aber ich glaube, er lebt in den Herzen seiner Landsleute weiter. Und wenn wir eines Tages wieder zurückkehren können in unser Land, werden wir viel von ihm reden und seine Filme sehen. Er ist nicht tot. Er lebt weiter.“

Jürgen Tobegen

1. Amerikanische Pressemappe zum Film „Yol“
2. Konkret, Nr. 12/82
3. Der Spiegel, Nr. 48/1982
4. taz, 11.9.1984

Weil es im letzten Jahr so gut lief — über 100 neue Abos — machen wir jetzt noch einmal eine Werbeaktion RM zum halben Preis. Diese Aktion läuft bis zum 31. Oktober 84.

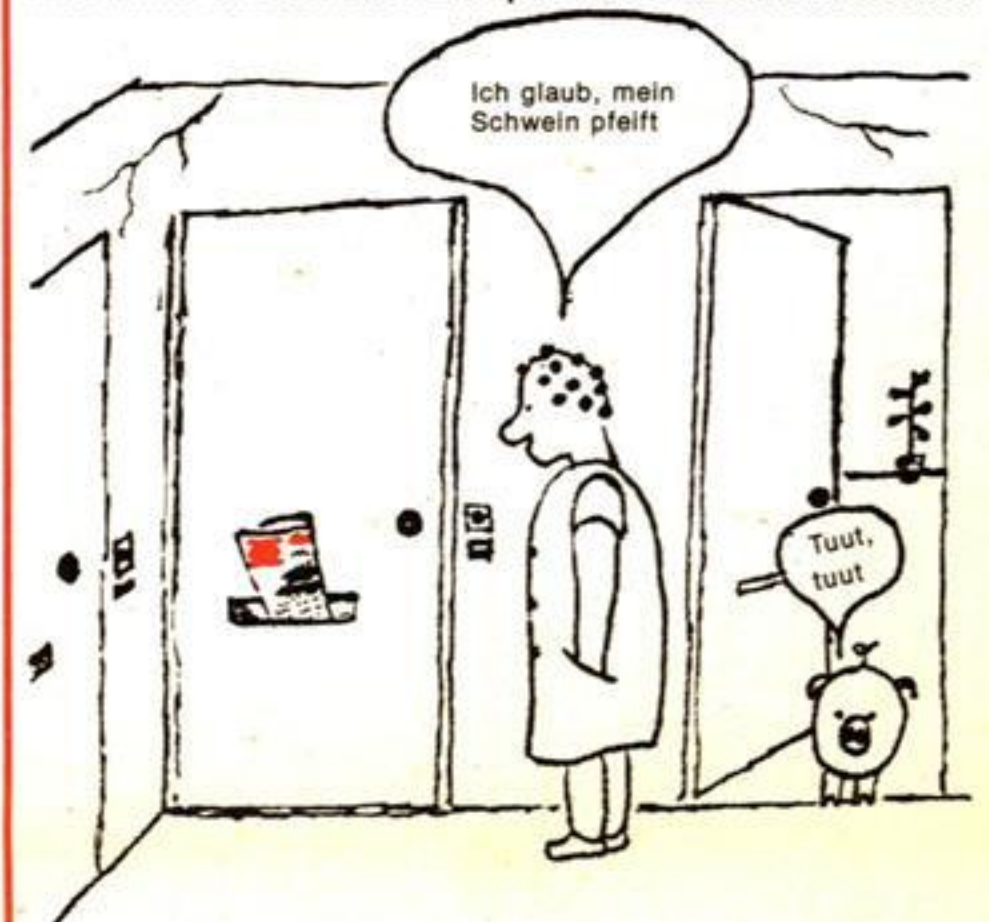
RM zum halben Preis!

Schon für 15 Mark bekommt ihr ein halbes Jahr lang den Roten Morgen, oder für 30 Mark ein Jahr lang ...

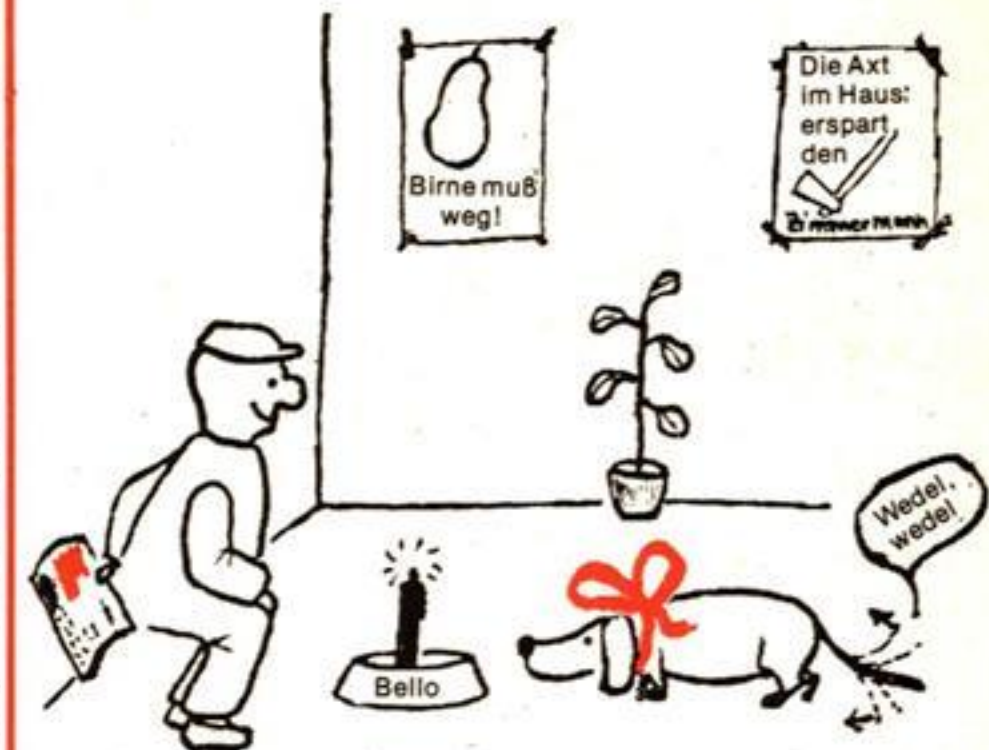
... zum Kennenlernen für die, die den RM noch nicht kennen, oder nur zufällig ab und zu in die Finger bekommen. Und die den linken Durchblick brauchen.



... zum Weiterverkaufen an Kollegen, Freunde, Nachbarn. Also immer ein oder zwei Exemplare zusätzlich in der Tasche.



... zum Verschenken zum Geburtstag, zu Weihnachten, zum Hochzeitstag, zur Scheidung, oder nur so. Ein Geschenk — jede Woche neu.



Ich abonniere den RM für
☐ 1 Jahr (30 DM) 1/2 Jahr (15 DM)
☐ Ich schicke Verrechnungsscheck
☐ Ich möchte Vorausrechnung

Name

Straße

PLZ/Ort

Einsenden an Verlag RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherei Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 66 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.